

Manfred Ohm
2003/2004 (III 7)

texte@manfred-ohm.eu

Metropolitane Dominanz bzw. Hegemonie im globalen Kapitalismus – eine Literaturdurchsicht ¹

- I. Kontrolle der Region Nah-Mittel-Ost – der Streit um das Wie am Beispiel des Irak-Konfliktes (3'03)
- II. Dominante Akteure und ihre Handlungsspielräume bzw. -zwänge (4'04)
- III. Anmerkungen zum Metropolen-Peripherie-Verhältnis heute (4'04)

Abschnitt I kann als Einleitung zu II. und III. gelesen werden. Er umfasst hauptsächlich Einlassungen zu den Hintergründen der (seinerzeit noch bevorstehenden militärischen) US-Intervention im Irak. Im Hauptabschnitt II wird grundsätzlich noch thematisiert, welche starken Akteure, also nicht nur die US-Administration, im („fortgeschrittenen“) globalen („Konkurrenz“-) Kapitalismus wie agieren und welche Handlungsspielräume sie haben bzw. welchen -zwängen sie ausgesetzt sind. Schließlich werden im Abschnitt III auf der Folie von II. einiger erste Schlüsse für das Metropolen-Peripherie-Verhältnis von heute gezogen.

I.

Zentrale Bausteine der nationalen Sicherheitsstrategie der USA (*The White House: NSS 2002*) sind: Die permanente militärische Dominanz der USA muss gesichert werden. „Abschreckung, die allein auf einer Drohung mit Vergeltung basiert, funktioniert kaum gegen Führer von Schurkenstaaten, die eher bereit sind, Risiken einzugehen“ (NSS, S. 15). Der Besitz, ja der bloße Versuch an Massenvernichtungsmittel zu gelangen, stelle inzwischen eine nicht mehr tolerierbare Gefahr dar, die zum militärischen Eingreifen berechtige. Die US-Regierung ist befugt, in Zukunft vorbeugend zu handeln. Die NSS (S. 6) fordert deshalb, „die Gefahr zu beseitigen, bevor sie unsere Grenzen erreicht“, indem die USA „nicht zögern werden, wenn notwendig auch allein, durch präemptives Handeln ihr Recht auf Selbstverteidigung auszuüben“. *Wagner 2002a* wertet das wie folgt: „Aufgrund der angeblich drohenden Gefahren nimmt die US-Regierung damit für sich das Recht in Anspruch, Angriffe ohne eine eindeutig nachweisbare oder unmittelbar bevorstehende Aggression – Kriege auf Verdacht – durchzuführen, was ein klarer Bruch des Völkerrechts darstellt. (...) Der päemptive Krieg ist de facto ein Angriffskrieg.“

Laut *Mearsheimer/Walt* verdeutlichen die geschichtlichen Tatsachen, dass Saddam Hussein alles andere als ein unverbesserlicher und nur begrenzt rationaler

¹ Erweiterung zu (2'02): *Politischer Islam, Terror und asymmetrische Weltordnung, aufgeklärter Pazifismus*. Ich habe die Literaturliste den Abschnitten I. und II./III. entsprechend zweigeteilt.

Aggressor und Serientäter ist.² Er reagiert(e) zwecks Selbst- und Systemerhaltung durchaus auf Abschreckung, sozusagen ‚machtrational‘.³ Nur diejenigen, deren Job es sei, „einen Präventivkrieg zu verkaufen“, müssen krampfhaft den Eindruck erwecken, der Irak stelle eine gravierende permanente Gefahr dar, und zwar nicht nur für die unmittelbaren Nachbarn und die Region Naher und Mittlerer Osten. Folgt man dieser These, die m.E von Mearsheimer/Walt gut belegt ist – ergänzt durch jene von *Schneekener*, dass die von den USA behauptete Verbindung des Saddam-Hussein-Regimes und der Terrorgruppe Al Qaeda aus der Luft gegriffen sei –, erhält die Debatte über die Art und Weise, wie, wie weit und wie schnell der Irak abzurüsten habe, den Stellenwert einer Pseudodebatte. Von Anfang an ging es der Bush jun.-Administration um die Ersetzung des Regimes Saddam Hussein; politisch-strategisch ist der Irak der „erste Anwendungsfall für die Bush-Doktrin“ (*Ehrke*). Die UN-Veranstaltungen dienten nur dem Zweck, für den Auftakt einer US-amerikanischen Neuordnung von Nah- und Mittelost ein möglichst breites militärisches Staatenbündnis zu installieren. Entschieden sich die UN gegen die Interessen der Vereinigten Staaten, so entschieden sie eben nicht.

Auch hinter dem Plädoyer der Kriegsgegner für eine friedliche Abrüstung, Entwaffnung des Iraks steckt laut *Gegenstandspunkt 2003b* die Anerkennung der USA als ‚stabiles‘ Ordnungsmoment. Was die Kriegsgegner den USA verübeln sei nicht, dass diese die ganze Region Naher und Mittlerer Osten unter ihre Kontrolle nehmen – „an der Verteilung der Zuständigkeit für Frieden und Sicherheit in der Staatenwelt haben sie nichts auszusetzen; die ist im Gegenteil die feste Grundlage ihres eigenen Einmischungsbedürfnisses“ (ebd.) –, d.h. notfalls auch mit kriegerischen Mitteln. Allerdings dürfe Krieg ‚nur als letztes Mittel‘ in Frage kommen, geduldiges diplomatisches Ringen à la Joschka Fischer sei angesagt; und ‚ohne anständige UNO-Resolution‘ gehe Krieg auf keinen Fall in Ordnung. Wer das ernst meine, so *Gegenstandspunkt*, „der kann sich dem Umkehrschluss nicht entziehen, dass er mit einer entsprechenden Entscheidung der ‚Völkerfamilie‘ dann aber auch abgesegnet ist“. Dass die UNO von Grund auf reformbedürftig ist, gerät so aus dem Blickfeld.

Münkler 2003 macht in erster Linie den „Selbsterhaltungstrieb“ des „Imperiums“ für die Irak-Politik der USA verantwortlich. Dieser schütze das Imperium sozusagen vor einer „Überdehnung“ seiner Kräfte. Seine Handlungslogik könne nur darin bestehen, nicht permanent in bestimmten Weltregionen große Kräfte zu binden, was nur zu „einer wachsenden Inflexibilität der imperialen Käfte“ führe. Bezogen auf die Golfregion bedeute dies – und das wäre laut Münkler das eigentliche Kriegsziel der USA: „Durch die Anwendung militärischer Gewalt in der Region Verhältnisse herzustellen, die auf Sicht eine deutliche und dauerhafte Reduzierung der US-Militärpräsenz ... ermöglichen“. Mit der Entstehung einer monopolaren Weltordnung seien die USA mit Akteuren (an der Speerspitze: Islamisten) konfrontiert, die „den Gebrauch der harten Faktoren imperialer Macht erzwingen“. Der erzwungene Gebrauch

² Neben *Mearsheimer/Walt* arbeitet *Zumach* die Rolle Sadam Husseins während der 80er und 90er Jahre relativ detailliert heraus, einschließlich des dunklen Kapitels der engen Kooperation des Westens mit ihm.

³ Nur unter den Fittichen der Amerikaner hat Saddam Hussein im ersten Golfkrieg Anfang der 1980er Jahre Gas eingesetzt. Er wusste 1991, was ein solcher Einsatz gegen Israel bedeutet hätte: u.U. den israelischen atomaren Gegenschlag.

der harten Fakten des Imperiums in den „äußeren Zonen seiner Peripherie“ aber erschrecke die in den „inneren Zonen“ Lebenden, „die so sehr an sanfte Machtfaktoren gewöhnt sind, dass sie das Erfordernis der harten Faktoren vergessen haben. Die Folge sei ein sich schlagartig ausbreitendes Misstrauen gegen die imperiale Macht“, worauf nun im Zentrum der Macht so reagiert werde, als handele es sich um eine Reaktion der äußersten Ränder der Peripherie.

Diesem sicher nicht gänzlich unergiebigem, scheinbar wertfreien Blick aus der Vogelperspektive kommt mit seiner Reduktion auf die „imperiale Funktionsweise“ (*Massarrat 2003c*) aber zu leicht die Interessenpolitik des Imperiums abhandeln, die wesentlich durch ökonomische Zwänge bzw. Imperative bestimmt ist. Und es stellt sich die Frage, inwieweit heute so umstandslos ganze Regionen zu Objekten imperialen Handelns degradiert werden können – die Peripherie schlägt zurück. Selbst die Staaten des kapitalistischen Zentrums – mit den Worten Münklers, jene der „inneren Zone“ – stehen nicht nur in einem Kooperations- sondern auch in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. *Todd* behauptet sogar, die USA seien nicht mehr in der Lage, die Welt zu kontrollieren. Japan und EU-Europa seien eigenständige starke Wirtschaftsmächte und Russland habe die nukleare Vergeltungskapazität behalten. So mussten die USA, „um wenigstens den Anschein einer Weltmacht zu wahren, außenpolitisch und militärisch gegenüber unbedeutenden Staaten aktiv werden: gegen die ‚Achse des Bösen‘ und gegen die arabische Welt, zwei Sphären, deren Schnittmenge der Irak bildet“. Auf der „Bühne des theatralischen Militarismus“ werfe man „Bomben auf unbedeutende Armeen“, um die wahren Konkurrenten, „die wahren Mächte der Erde“ (Japan und die EU) einzuschüchtern.⁴

So richtig es ist, die ökonomische und politische Stärke der USA zu relativieren, so darf man sie andererseits aber auch nicht unterschätzen, wie es m.E. *Todd* unterläuft. Zu schnell wird übersehen, welchem „Zwang zur Kooperation mit den USA“ EU-Länder wie Deutschland und Frankreich unterliegen. *Hirsch* verweist darauf, dass es vor allem die USA sind, „die mit ihren militärischen und politischen Mitteln die Verwertungsbedingungen des Kapitals und damit auch die wirtschaftliche ‚Stabilität‘ und die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse hierzulande garantieren: den weltweiten Schutz des Privateigentums, den Zugang zu Märkten und Investitionsgebieten, gefügte Regimes und natürlich auch die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Öl. Insofern ist das US-Interesse eben auch ein ‚deutsches‘ und die Konflikte beziehen sich eher auf die Art und Weise, wie dieses durchzusetzen ist.“ Mit den Worten von *Klönne 2003a*: Deutschland ist mit seinen „imperialistischen Interessen“ von dem „Gesamtdienstleister“ USA abhängig und „auf der anderen Seite eben auch Konkurrent“. Als dieser sei eine gewisse Widerständigkeit gegen die

⁴ Laut *Todd* betreiben die USA diese Politik aufgrund ihrer industriellen Schwäche und ihrer infolge des immensen Handelsbilanzdefizits wachsenden Abhängigkeit vom Weltmarkt. Die USA seien mittlerweile ein „Problem für die Welt“, ein „Unruhestifter“, eine „überflüssige“ Militärmacht, ein „räuberischer Staat“. Sie seien ein „schwarzes Loch, das Waren und Kapital in sich aufsaugt, ohne selbst gleichwertige Güter liefern zu können“, zudem die globale Speerspitze einer „Revolution gegen die Gleichheit, eines oligarchischen Umbaus für noch mehr Geld und Macht für die Reichsten und Mächtigsten“. – Vgl. auch Robert Brenners empirisch konkrete Analyse zur USA in der Weltwirtschaft, wo er, insbesondere bezogen auf das Verhältnis zwischen den USA, Japan und Deutschland, die internationalen Verflechtungen darstellt, die ein wesentliches Moment der heutigen Weltwirtschaft sind. Einen Kurzabriss zur Wirtschaftspolitik der USA von 1945 bis heute gibt David Harvey (2003: 21 ff.).

neue US-amerikanische Weltordnung vonnöten. So nähmen Deutschland und Frankreich eine Verschlechterung ihrer Beziehungen zu den USA in Kauf, um, wie es *Gegenstandspunkt 2003a* ausdrückt, „mehr Rücksicht zu ertrotzen“. Klönne spricht wie Hirsch und *Gegenstandspunkt* an, dass man sich durch die deutsche „Abneigung“ gegen Irakkriegspläne nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, „dass militärische Interventionen auch im deutschen Machtkalkül stehen und dass die traditionelle Begrenzung von Militär auf die Verteidigung in der Praxis längst der Vergangenheit angehört“. Nicht nur die USA könnten weltpolitisch gefährlich werden, die gegenwärtige deutsche Regierung sei keineswegs pazifistisch geworden.

Hinsichtlich der Kontrolle der Ölregion in Nah-Mittel-Ost können sich die USA bislang nur auf Kuwait und vor allem Saudi-Arabien stützen, wobei das instabile Saudi-Arabien inzwischen keine zuverlässige Stütze mehr ist. *Heinrich 2003* äußert sich zu einem Zukunftsszenario der Region so: „Könnten die USA im Irak eine ‚freundliche‘ Regierung installieren, dann wäre die Abhängigkeit von Saudi-Arabien geringer, es könnte dann auch der Druck auf den dritten [großen] Ölstaat, den Iran ... enorm gesteigert werden ...“. Bei der angestrebten Kontrolle der Region „geht es für die USA nicht nur um die Sicherung der eigenen Ölversorgung, zugleich würden auch alle wichtigen Konkurrenten, die großen EU-Staaten ..., Russland sowie China in ihre Schranken verwiesen. ... Zusammengenommen mit einer Kontrolle des Irak und eventuell auch des Iran würde dies bedeuten, dass die USA auf die künftige Entwicklung diese Region einen entscheidenden Einfluss haben werden: nicht um den eigenen Konzernen unmittelbar zu höheren Profiten zu verhelfen, das wird auch geschehen, ist aber zweitrangig, sondern um über die Regeln zu entscheiden, nach denen mit dieser Region und ihren Rohstoffen zukünftig umgegangen wird.“ Was nichts anderes bedeutet, als „wer zu welchen Bedingungen Zugang zu den Ressourcen hat, wie hoch der Ölpreis ist und ... in welcher Währung das Öl abgerechnet wird, was in der Währungskonkurrenz mitentscheidend dafür ist, welche Währung zum Weltgeld wird“ – zum „Ölkrieg“, der auch um die „Vorherrschaft von Dollar und Euro“ (Altvater) geführt wird, vgl. den Artikel von *Altvater* und die Ausführungen von *Ehrke* und *Wagner 2002b*. Letzterer verweist darauf, dass sich die US-Ölstrategie besonders gegen den zunehmenden Einfluss des OPEC-Kartells richte. Es gelte, „die Marktmacht der OPEC zu schwächen“, und ein Weg dazu sei es, bestimmte Länder aus dem Kartell herauszulösen.

Schließlich noch eine Replik auf den neu-alten Slogan ‚Kein Blut für Öl!‘ – schon gar ‚Nicht in unserem Namen!‘ von Teilen der Friedensbewegung. Die Friedensfreunde wollen, wie m.E. *Gegenstandspunkt 2003b* richtig schlussfolgert, gar nicht kritisch festhalten, „dass und inwiefern und warum in der vom Freien Westen kontrollierten Welt die Sicherheit des Ölgeschäfts ein vollkommen hinreichender Kriegsgrund ist; sie wollen vielmehr ziemlich genau auf das Gegenteil hinaus: auf die Botschaft, etwas so Banales und Berechnendes wie die Eroberung nationaler Vorteile beim Geschäft mit dem Öl dürfe keine Kriegsgrund sein. Der objektive und nach allen Regeln des modernen Imperialismus auch objektiv notwendige Zusammenhang zwischen ökonomischen Interessen, politischem Kontrollbedarf und militärischem Zuschlagen interessiert sie nur in dem einen Sinn: Den Zusammenhang wollen sie nicht gelten lassen“ – moralisch nicht gelten lassen. „Die Schäbigkeit des Motivs

‚Öl!‘ hat es ihnen angetan Zumindest gehört ... Protest eingelegt: Kein Blut bloß für Öl! Und wenn die Sache schon nicht zu verhindern ist, dann sollen die Verantwortlichen wenigstens nicht noch behaupten dürfen, das geschähe ‚in unserem Namen‘“

*Epilog I*⁵

Mit ihrer Zustimmung am 22.5.2003 zur Irak-Resolution des UN-Sicherheitsrates (eingebracht von den USA, Großbritannien und Spanien) haben die Kriegsgegner-Staaten Deutschland, Frankreich und Russland den völkerrechtswidrigen Krieg nachträglich legitimiert⁶, auch wenn Außenminister Fischer das Gegenteil behauptet – gibt es doch einen Unterschied zwischen dem Wortlaut des Textes und seiner Wirkung. Laut Andreas Zumach⁷ hat die rot-grüne Regierung nicht einmal die unzureichenden Korrekturforderungen Frankreichs und Russlands voll mitgetragen. Der französische Außenminister de Villepin spricht angesichts der „leeren UNO-Rhetorik“ (Zumach) kleinlaut davon, dass „der Text nicht so weit geht, wie wir das gewünscht hatten“. Die Kriegsgegner haben sich, was zu erwarten war, mit diesem ‚realpolitischen Kompromiss‘ letztendlich der US-amerikanischen Dominanz gebeugt, vorerst jedenfalls.

II.

Zur genannten Thematik stelle ich in 8 Kurzabschnitten übergreifende Thesen einer Reihe von Autoren vor. Die Darstellung dient auch dazu, das Terrain zur Beantwortung der Frage grob abzustecken, ob von einer neuen Gestalt des Imperialismus (mehr informeller Art) gesprochen werden kann. Man kann die Thesen, die ich teilweise und hauptsächlich unter 9. kommentiere, unter folgenden Überschriften zusammenfassen:

1. Überbetonung des Nationalstaates?
2. Entscheidende Rolle starker Triadestaaten hinsichtlich einer reibungslosen Kapitalakkumulation; die „unangenehme Seite“ derselben: Krisen, Kriege, weltweite Zunahme von Verelendungsprozessen;
3. US-amerikanische Hegemonie als Ordnungsfaktor des kapitalistischen Weltsystems;
4. Globalisierung und der gramscianische Hegemoniebegriff – Stärken und Defizite des Ansatzes;
5. Globalisierung der Klassenstruktur;
6. Relative Autonomie der internationalen Regulierungsinstitutionen (WTO, IWF, WB etc.);

⁵ Epilog 2 wäre die Beantwortung der Frage nach der Zukunft des transatlantischen Bündnisses und der Nah-/Mittelost-Region.

⁶ Mit der Resolution erkennt der Sicherheitsrat die Besatzungsmächte USA und Großbritannien offiziell als oberste „Autorität“ im Irak an. Der Rat bekräftigt zwar seine „Entschlossenheit, dass die UNO eine entscheidende Rolle spielen soll“, sie wird de facto allerdings auf „Mitwirkung“, „Hilfe“ und „Kooperation“ mit der „Autorität“ reduziert. Letztere soll erst enden, wenn „durch das irakische Volk eine international anerkannte, repräsentative Regierung etabliert ist“.

⁷ Siehe seine beiden Artikel und den von Dorothea Hahn in der *taz* vom 23.5.03, S. 1 und 3.

7. Die kapitalistische Weltökonomie organisiert und konstituiert sich als „hierarchische Funktion der Kapitalakkumulation selbst“, von der Inter- zur „Transnationalisierung der Produktionsweise“;
8. Neuordnung der Strukturen der Weltarbeitsteilung; Wirkung der ‚Gesetze‘ der Globalisierung bzw. der dominanten Produktionsweise vor Ort; „Weltgleichzeitigkeit“ bei ungleichen Bedingungen.
9. Relativierung einiger Thesen und noch einmal (siehe unter I.): die Rolle der USA im globalen Konkurrenzkapitalismus

(1) Unter Berufung auf Atzert/Müller und Wissel (siehe Fußn. 10) beklagt Sonja Buckel, dass neuerlich, bezogen auf die Irakkriegs-Diskussion, innerhalb der Linken eine überholte Position wieder an Gewicht gewinnt (vgl. beispielsweise ak 2003), die sich im Rahmen der traditionellen Imperialismustheorie einer „Überbetonung des Nationalstaates“ befleißige und nur das Hegemoniestreben der ‚letzten Supermacht USA‘ in den Blick bekommen könne.⁸ Und dabei wäre man mit Hardts/Negris „Empire“-Ansatz doch schon weiter gewesen – „trotz all seiner Macken“⁹. In der Tat, laut Hardt/Negri ist die Imperialismustheorie deshalb überholt, weil Nationalstaaten heute bereits so weit an Bedeutung verloren haben, dass eine ‚imperialistische‘ Politik nicht mehr möglich ist. Stattdessen existiert ein umfassendes „Empire“, das kein Außen mehr kennt und in dem die Macht überall und nirgends ihren Ort hat.¹⁰ Kriege haben nach Hardt/Negri eher den Charakter von Polizeieinsätzen zur Durchsetzung einer universellen Rechtsordnung (so auch Atzert/Müller in Anlehnung an Hardt/Negri).

(2) Nach Michael Heinrich (2003) wird mit solchen Positionen eine schiefe Theorie, die alte (moralisierende und ökonomistische) Imperialismustheorie (vgl. dazu spe-

⁸ Buckel verweist allerdings selbst darauf, dass im ak-Artikel von einer veränderten Form des Imperialismus die Rede ist. Imperialismustheorie heute, so der Tenor im ak-Artikel, hebe längst nicht mehr auf die Eroberung und Besetzung von Territorien ab, vielmehr auf die Sicherung von Einflusszonen und die „Existenz von Brüchen und unterschiedlichen Dynamiken im Kapitalverhältnis“, die sich in unterschiedlichen Interessen und nationalstaatlichen Politikoptionen artikulierten.

⁹ Buckel bezieht sich mit dieser Einschätzung auf Jens Wissels Aufsatz (2003): ‚Naming the Beast‘. Nicos Poulantzas und das Empire (in: www.links-netz.de/T_texte/T_wissel_beast.html), ohne jedoch m.E. dessen Kritik an Hardt/Negri, die mehr als ‚Macken‘ herausfiltriert, so richtig zur Kenntnis zu nehmen (Näheres siehe unten). Sie befürchtet „die Gefahr der linken Nationalisierung in Zeiten des Krieges“ und sieht im ‚Empire‘-Ansatz einen „Perspektivenwechsel, der den nationalstaatlichen Fokus aufgibt und die sich globalisierende Welt aus dieser Innenperspektive betrachtet“.

¹⁰ Ich beziehe mich hier nur auf diese Komponente des ‚Empire‘-Konzeptes von Hardt/Negri, auf das m.E. verkürzte und nachlässige Reden beider über den postfordistischen Staat. – Zur inzwischen unübersichtlichen Zahl der Rezeption des ‚Empire‘-Buches siehe z.B. die Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung (www.rosalux.de/einzelwl/empire/index.htm). Neben Wissels Aufsatz möchte ich auf zwei Debattenbeiträge aufmerksam machen, auf (1) Wolf, Frieder Otto 2002: Empire und die Linke, in: *Widerspruch* 43’02, S. 125-138, wo dieser „weitgehende Modifikationen“ am ‚Empire‘-Konzept vornimmt bzw. vorschlägt und sich damit zum Teil weit von diesem entfernt, und besonders auf (2) Jessop, Bob 2002: Informationskapitalismus und Empire – Verklärungen der US-Hegemonie, in: *Das Argument* 248, 5/6’02, S. 777-790, der dem ‚Empire‘-Konzept eine „linke Verklärung“ bezogen auf folgende Themenbereiche vorwirft: Zukunft der kapitalistischen Ökonomie, des modernen Staates und der sozialen Kämpfe im Lichte der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, der neuen Produktionsparadigmen und der Dynamik der Globalisierung (wie gleichermaßen den jüngsten Veröffentlichungen Manuel Castells eine rechte Verklärung, auch in diesem Aufsatz).

ziell Heinrich 2002, Claussen und Später¹¹), nur durch eine andere, genauso schiefe ersetzt. Denn: „Nach wie vor *spielen einige*, längst nicht alle *Nationalstaaten eine entscheidende Rolle*. Die Internationalisierung der Finanzmärkte, wie auch der Wertschöpfungsketten des produzierenden Kapitals führen aber dazu, dass die Nationalstaaten auf ganz unterschiedlicher Ebene miteinander zu tun haben. Um Handel, Investitionen, Kapitalverkehr, den Transfer der Profite etc. zu gewährleisten, müssen eine Vielzahl von internationalen Regelungen getroffen werden, die keineswegs nur technischen Charakter haben, sondern immer auch bestimmte Interessen begünstigen oder hemmen. Insofern stehen die Staaten teils direkt, teils vermittelt über internationale Organisationen in einem Verhältnis von gleichzeitiger Konkurrenz und Kooperation [siehe oben, S. 3]. Je nach Problemfeld kann es dabei ganz unterschiedliche Interessen- und Bündniskonstellationen geben, wobei auch die einzelnen Nationalstaaten keineswegs einheitlich auftreten.“ Ein ‚gesamtimperialistisches Interesse‘, besser ein ‚globalkapitalistisches‘, ‚existiert nur insoweit, als alle Länder an einer möglichst *reibungslosen Kapitalakkumulation* ein Interesse haben. Wie dieses dann aber im Einzelnen aussehen soll, da gehen die Interessen erheblich auseinander, so dass es eben immer Kooperation und Konkurrenz der Staaten gibt.“¹²

Dass der Weltmarkt ‚überhaupt die Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistischen Produktionsweise bildet‘ (Marx) wurde erst jetzt ‚praktisch wahr‘, so Heinrich (2003b) in einem neueren Artikel. ‚Ein globaler Konkurrenzkapitalismus ist im Moment gerade dabei, Gestalt anzunehmen, und zu dieser Gestalt werden auch schärfere Krisen (die sich über das globale Finanzsystem wesentlich schneller verbreiten können als früher), begrenzte Kriege und Zunahme wie Dramatisierung von Verelendungsprozessen gehören.“ Diese ‚*unangenehmen Seiten der Kapitalakkumulation*‘ stellten nun aber nicht die ‚große historische Ausnahme‘ dar – eher schon das weitgehend krisenfreie ‚Golden Age‘ des Fordismus von Mitte der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre. ‚Es handelt sich vielmehr um die ganz normalen Konsequenzen einer sich global verallgemeinernden Produktionsweise, deren einziger Zweck die Verwertung des Werts ist.“ Wenn der Mainstream der Globalisierungsgegner vom ‚entfesselten Kapitalismus‘ oder ‚Turbokapitalismus‘ rede, den es ‚auszubremsen‘ gelte, so drücke das nur hilflos die Sehnsucht nach einem ‚menschlichen

¹¹ Schmid, Harvey und Alnasser (2004) knüpfen dagegen an die ‚alte‘ Imperialismustheorie an, die beiden Letzteren an die Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg, genauer an das Phänomen der ‚ursprünglichen Akkumulation‘ und fordern eine grundsätzliche Neubetrachtung der ‚Beständigkeit‘ dieser räuberischen Praktiken. Nach wie vor könnten chronische Überakkumulationskrisen, die zwangsläufig in der Entwertung großer Kapitalmengen münden, nur durch eine ‚enteignende Akkumulation‘ kompensiert werden. Gemeint ist die Unterwerfung nichtkapitalistischer Produktions- und Lebensweisen wie auch die Inwertsetzung neuartiger (wie z.B. genetischer) Ressourcen.

¹² Ähnlich argumentiert Holloway (: 22 f.). Der Nationalstaat steht nach ihm unter dem permanenten Druck Kapital anzuziehen. ‚Der Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten ist ... ein Kampf zwischen Staaten um die Anziehung und/ oder den Erhalt eines Teils des Weltkapitals (und daher eines Teils des globalen Mehrwerts). Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Nationalstaat versuchen, günstige Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals innerhalb seiner Grenzen zu sichern (durch die Bereitstellung von Infrastruktur, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, die Erziehung und Regulation von Arbeitskräften, usw.), sowie dem Kapital, das innerhalb seiner Grenzen operiert, internationale Unterstützung zu gewähren, weitgehend unabhängig von der Staatsangehörigkeit der legalen Eigner dieses Kapitals.“ Der Antagonismus zwischen den Nationalstaaten ‚ist nicht Ausdruck der Ausbeutung der ‚peripheren‘ durch die ‚zentralen‘ Staaten (wie die Dependenztheoretiker behaupten), sondern drückt die (äußerst ungleiche) Konkurrenz zwischen ihnen um die Anziehung (oder Bewahrung) eines Teils des globalen Mehrwerts auf ihr Territorium aus“.

Kapitalismus‘ aus. Entsprechend gingen dann die Forderungen in die Richtung ‚gerechte‘ Besteuerung der Kapitaleinkommen, ‚faire‘ Preise für die Produkte der sog. III. Welt, Schuldenstreichung für Entwicklungsländer etc.

(3) In einem Artikel von 2002 betont Heinrich, dass wir nach wie vor von einer „*US-amerikanischen Hegemonie*“ sprechen könnten, „wobei Hegemonie mehr meint, als nur streng definierte ‚eigene‘ Interessen durchzusetzen. Es geht stets um ‚Ordnung‘ des kapitalistischen Weltsystems, von der auch andere (als Lohn für die Akzeptanz der Hegemonialmacht) mehr oder weniger profitieren.“¹³ Allerdings zeichnet sich mit der Formierung der EU in Richtung eines eigenen Staatsgebildes ab, dass den USA langfristig ein nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer Konkurrent erwachsen könnte.“

Heinrich (ebd.) fährt fort: „Für die einzelnen Staaten ist es auf der internationalen Ebene zunächst einmal wichtig, eigene Handlungsmöglichkeiten zu schaffen und zu erhalten – was man etwa an den zum Teil krampfhaften Versuchen des vereinigten Deutschlands beobachten kann, sich an militärischen Interventionen ... zu beteiligen. Die ‚*souveräne*‘ *Verwendung militärischer Macht* soll sowohl gegenüber den miss-trauischen Verbündeten als auch gegenüber der eigenen Bevölkerung als Normalität durchgesetzt werden. Einfluss nehmen zu können und Dominanz auszuüben sind notwendige Voraussetzungen, um auf der weltpolitischen Ebene mitspielen zu können. Insofern lassen sich viele politische und militärische Aktionen, die auf die Sicherung von Einflussphären und die Ausschaltung möglicher Gegner gerichtet sind, gerade nicht auf die Verfolgung bestimmter Kapitalinteressen reduzieren ...“ (Herv. MO; vgl. oben S. 4 Heinrichs Hinweis zur Kontrolle der Mittel-Ost-Region).

(4) Heinrich vernachlässigt m.E., dass für eine Hegemonialmacht politische Führung mit der Schaffung von Konsens verbunden ist (vgl. oben 2’02 die Fußnote 26). Eine Macht hingegen, die zur Durchsetzung ihrer Interessen nur noch auf die ‚unilaterale Option‘ setzt oder schärfer formuliert: die Welt regieren will – das bedeutet letztendlich die Umsetzung der NSS 2002 – ist keine Hegemonialmacht mehr, vielmehr eine Übermacht – von Hegemonie kann somit nicht mehr gesprochen werden, nur noch vom „Hegemonismus einer Übermacht“ (Haug: 13). Wenn sich die deutsche Außenpolitik „einer US-Monopolarität widersetzte und dadurch zum Kristallisationspunkt ähnlicher Bestrebungen in der internationalen Staatenwelt wurde, wandte sie sich nicht gegen eine Hegemonie der USA, ... sondern verteidigte Bedingungen, die es den USA auferlegen würden, sich hegemoniefähig zu verhalten ...“ (ebd.). Sich nicht hegemoniefähig zu verhalten, spricht nicht gerade für politische Stärke.

Heinrich rekurriert indes nicht auf einen, auf die globale Analyseebene gehobenen, gramscianischen Hegemoniebegriff. Vertreter der sog. neo-gramscianischen Variante der Internationalen Politischen Ökonomie (IPE) versuchen den bei Gramsci angelegten kritischen Grundgedanken zu radikalisieren, dass soziale Verhältnisse immer diskursiv oder geistig vermittelt sind und durch die bewusste Praxis der Akteure hindurch reproduziert werden. Für Neo-Gramscianer sind nicht die Staaten bzw. deren Regierungen die Hauptakteure internationaler Politik. Sie kritisieren des

¹³ Mehr zum Hegemoniebegriff unter 4.

Weiteren ein Verständnis von internationaler Hegemonie, in dem ein oder mehrere eindeutig dominierende Staaten die Reproduktion des kapitalistischen Weltsystems politisch gewährleisten.¹⁴ Bestimmte gesellschaftliche Kräfte (Kapitaleigner, Manager und Teile der politischen Klasse) setzen – auf nationaler und zunehmend auf transnationaler Ebene – alles daran, „‘ihr‘ Dispositiv von Interessen zur *Grundlage einer neuen* [sprich neoliberalen] *Hegemonie* zu machen, welche qua Kompromissbildung auch Teile subalternen sozialer Kräfte einbindet. Als organisatorische und ideologische ‚focal points‘ ... der transnationalen Managerklasse versteht die IPE dabei sowohl privat-, ‚inoffizielle‘ als auch öffentlich-, ‚offizielle‘ internationale Institutionen und Eliten – zur ersteren zählen sie u.a. Think-Tanks und Foren ...; zur letzteren ... Organisationen wie die G7, die OECD, den IWF oder die WB. Die privaten Organisationen nehmen dabei gewissermaßen eine Avantgardeposition ein“ Sie sind in der Lage, „‘organische Intellektuelle‘ (Gramsci) in Gestalt ‚anerkannter Experten‘ hervorzubringen“ (Borg: 72; Herv. MO).

Eine Stärke dieses Ansatzes ist es nach Erik Borg (: 73 f.), dass er es vermeidet, „den Gesamtkomplex neoliberaler Globalisierung funktionalistisch aus der Veränderung weltökonomischer Bedingungen abzuleiten. Zwar wird zugestanden, dass sich die fordistisch-wohlfahrtstaatliche Politik angesichts der Umbrüche in den Akkumulationsstrukturen zunehmenden Restriktionen gegenüber sieht: Mit dem Ausbrechen sich transnationalisierender Kapitalfraktionen aus den regulativen Strukturen des ‚Wohlfahrtsnationalismus‘ steigt deren ‚strukturelle Macht‘ ... relativ zu der der lohnabhängigen Klassen. Die Rahmenbedingungen, in welchen sich politisches Handeln abspielt, verändern sich vor dem Hintergrund der Mobilität des transnationalen Produktiv- und Finanzkapitals – die Staaten werden vermehrt in eine Situation gegenseitiger Konkurrenz versetzt. Allerdings ergeben sich daraus keineswegs zwangsläufig die Politiken der Deregulierung, der beschleunigten Liberalisierung und Privatisierung“¹⁵ Das neoliberale Ideengeflecht bilde aber mehr und mehr den Rahmen, „innerhalb dessen ‚vernünftiges‘ politisches Handeln sozialer Kräfte stattfindet. Der innerhalb des neoliberalen Paradigmas gepflegte affirmative Bezug auf die weltökonomischen Strukturveränderungen, so lässt sich an diese Erkenntnis anschließen, erhöht schließlich die ‚Globalisierung‘ erst zum alternativlosen Sachzwang.“ Ein weiteres positives Element des neogramscianischen Ansatzes hebt Bieling/Deppe (: 732) hervor: auf den Anspruch, die „Umbrüche in den gesellschaftlichen Machtverhältnissen“ transparent zu machen und „gegenhegemoniale Potenziale“ perspektivisch zu stärken.

Borg (: 74) selbst macht aber auch auf Defizite des neogramscianischen Ansatzes aufmerksam. Insbesondere drohe die IPE in einen „elitefixierten Voluntarismus ab-

¹⁴ Gerade die Globalisierungsdynamik legt es nahe, schreiben Bieling/Deppe (: 730), „transnationale Hegemonie auch jenseits der Perspektive eines einzelnen hegemonialen Staates zu begreifen“ (siehe auch unten unter 5. und 6.).

¹⁵ Borg (:70 f.) verweist mit Cox darauf, dass ein wesentlich theoretischer Anspruch der neogramscianischen ‚Schule‘ darin besteht, dass historische Prozesse gesellschaftlichen Wandels nur insofern erschöpfend ergründet sein, „als sie auf die in ihnen wirkende Dynamik zwischen handelnden sozialen Kräften untersucht worden sind. Entsprechend wird auch die Überwindung des fordistischen ‚Wohlfahrtsnationalismus‘ durch die neoliberale Globalisierung nicht ... als Sieg der ‚ökonomischen‘ über die ‚politische Funktionslogik‘ gefasst ...“ – quasi nach dem Motto: die Ökonomie schafft sich ‚ihre‘ Politik.

zugleiten“. Vielfach wird zudem der Vorwurf des Politizismus erhoben (vgl. Scherrer): Die gramscianische Tradition übersehe generell die kapitalistischen Strukturzwänge und überschätze die Möglichkeiten für ein bewusstes, strategisches Handeln.¹⁶ Das führt zur Frage, inwieweit das widersprüchliche Verhältnis von kompetenten Akteuren und strukturellen Zwängen überhaupt zugunsten einer Seite aufgelöst werden kann. Eine andere Frage ist, ob – angesichts verschärfter internationaler Konkurrenz und der Auflösung gesellschaftlicher Strukturen (Gewalt und Chaos statt Ordnung) in einem Teil der südlichen Länder – bezogen auf das Nord-Süd- bzw. Metropolen-Peripherie-Verhältnis überhaupt von Hegemonie im Sinne Gramscis gesprochen werden kann (vgl. Bieling/Deppe: 734 f. und Brand 2003c – mehr zu dieser Fragestellung unter 9.).

(5) Für Jens Wissel verschwindet der Nationalstaat als politische Form nicht, ‚die einzige Macht (das ‚Empire‘), die alles überdeterminiert‘, gibt es nicht. Politik und Ökonomie fallen nicht einfach zusammen.¹⁷ Und da der Nationalstaat nicht verschwindet, „bleibt uns auch der Imperialismus erhalten – allerdings in veränderter Form“ (ebd.). Die nationalstaatliche Souveränität hat sich jedoch nach Wissel in der Globalisierung grundlegend verändert. Die Unterschiede der heutigen Konstellation zum klassischen Imperialismus ließen sich mit den Prozessen der Transnationalisierung des Kapitals, der Globalisierung der Klassenstruktur sowie in der unanfechtbaren militärischen Dominanz der USA benennen. Imperialistische Konkurrenz drücke sich heute nicht mehr in offenen Konfrontationen aus, sie verberge sich eher hinter „den immer wieder auftretenden wirtschaftlichen Konflikten zwischen den metropolitanen Staaten“. Der Imperialismus sei also nicht verschwunden, er werde nur durch „ein System globaler Interdependenzen (inklusive der entsprechenden Strukturen wie G7/8, WTO, Weltbank, IWF, NATO usw.) überdeterminiert, in denen die Nationalstaaten ihre zentrale Stellung als Referenzpunkte internationaler Machtausübung tendenziell verlieren“.

Nicht zur Transnationalisierung des Kapitals, so aber in Hinblick auf den Prozess der *Globalisierung der Klassenstruktur* äußert sich Wissel ausführlicher. Er bezieht sich auf Poulantzas, der schon die Internationalisierung des Staates als einen Prozess beschrieben hat, der sich im Innern der Nationalstaaten abspielt. Durch die Entstehung einer neuen Klasse haben sich die Kräfteverhältnisse, die sich im Nationalstaat verdichten, entscheidend verändert. Aus der autonomen ‚nationalen‘ Bour-

¹⁶ Scherrer führt als generelle Kritikpunkte des Gramscianismus noch die Konsensfixierung, d.h. die Ausblendung staatlichen Zwangs und die Fixierung auf die Zivilgesellschaft an.

¹⁷ Das aber suggerieren Hardt/Negri mit ihrer These, im ‚postmodernen Kapitalismus‘ habe die ‚reelle Subsumtion‘ der Gesellschaft unter das Kapital stattgefunden, so dass es auch kein Außen mehr gegenüber dem Kapital gebe. Dadurch, so Wissels berechtigte Kritik, „verschwimmen die Konturen des Empire zu einem ortlosen globalen Nebel, dem Macht immer immanent ist, ohne dass klar würde, wo und warum und zu welchem Zweck sich die Macht verdichtet. Letztlich werden auf fatale Weise ökonomische und politische Macht kurzgeschlossen. Dieser zentrale Fehler zieht alle anderen nach, denn aus dieser Perspektive können Nationalstaaten höchstens noch als Überbleibsel einer vergangenen Epoche betrachtet werden. Die politische Form des Kapitalismus verschwindet, übrig bleibt die Globalisierung des Rechts, die aus der Transnationalisierung des Kapitals abgeleitet wird. Mit dem Nationalstaat verschwindet auch die relative Autonomie des Politischen. Eine Auseinandersetzung, was aus dieser These theoretisch folgt und inwiefern man dann überhaupt noch von Kapitalismus reden kann, sucht man vergebens.“

geoisie ist eine transnationale ‚innere‘ Bourgeoisie geworden, in Bezug auf ihre Interessenlage also eine non-territoriale Klasse – im Gegensatz zu den Subalternen, die ihre Kämpfe (nach wie vor) im nationalen Rahmen führen. Die Klasse, die Poulantzas als ‚innere‘ Bourgeoisie beschreibt, könne heute nicht mehr unvermittelt mit der Herrschaft des Kapitals eines bestimmten Landes in Verbindung gebracht werden, auch nicht mit der der USA, worauf Poulantzas ja abgehoben hätte (vgl. auch Alnasser et al (: 38) und Röttger 1997: 117 ff.). Die Überlegenheit des US-Kapitals schwinde mehr und mehr und „die Verflechtung zwischen den Triadezentren [wird] zu einer wechselseitigen“. „Die innerimperialistischen Widersprüche und Rivalitäten nehmen daher ... einerseits wieder zu, scheinen andererseits aber nicht mehr die gleiche Sprengkraft zu entfalten wie vor [und während] der fordistischen Ära, als sie bis zum imperialistischen Krieg eskalierten.“ (Alnasser et al: ebd.).

(6) Wissel spricht zu Beginn seines Artikels kurz an, dass *internationale politische Institutionen* wie WTO, IWF oder WB noch zu stark als internationale Zusammenschlüsse wahrgenommen werden, statt sie in ihrer „*relativen Autonomie*“ in Bezug auf die Ökonomie als auch auf die Nationalstaaten zu thematisieren. Nach Wissel und ebenso Ulrich Brand (2003a: 312, 2003b: 367, 372) sollten diese Institutionen als „materielle Verdichtung (welt-)gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ verstanden werden, „nämlich von Nationalstaaten und supranationalen Zusammenschlüssen (wie die EU) einerseits und von international agierenden Klassen und Gruppen andererseits“. Joachim Hirsch (2001: 33 f.) spricht vorsichtiger davon, dass mit der Internationalisierung des Akkumulationsprozesses und der realen Herstellung des Weltmarktes internationale Regulierungsinstitutionen als Stützpunkte von Kapitalinteressen im Verhältnis zu den einzelnen Staaten an Bedeutung gewinnen (Näheres zur Position von Hirsch siehe unten).

(7) Nach Bernd Röttger (2003a) betrat der Weltmarkt nicht als ‚Sachzwang‘ die politische Bühne; „seine Gestalt in der kapitalistischen Globalisierung seit den 90er Jahren ... setzte nicht selten ‚autoritäre Regierungsinterventionen‘ ... gegen fordistische Regulationen und insbesondere gegen die Arbeiterbewegung voraus. Und dennoch: Im Vergleich zur Durchsetzungsphase kapitalistischer Globalisierung [der neoliberalen] dominieren in der ‚fortgeschrittenen Globalisierung‘ zunehmend die *strukturellen Momente* gegenüber den politischen Momenten.¹⁸ Nationalstaatliches Handeln bezieht sich in der fortgeschrittenen Globalisierung immer weniger auf nationale Ökonomien, sondern definiert und garantiert verstärkt die Regeln der globalen Ausdehnung der Kapitale Die ‚fortgeschrittenen Staaten‘ (Gramsci) werden unter den Bedingungen fortgeschrittener Globalisierung als ‚nationale Wettbewerbsstaaten‘ (Hirsch) reorganisiert und fungieren damit als Momente einer grundlegenden *Tendenz zur Internationalisierung des Staates*“ (29 f.; Herv. MO).¹⁹ Mit der kapita-

¹⁸ Röttger (2003b: 102) betont, dass die transnationale Produktionsweise der fortgeschrittenen Globalisierung ihre eigenen „constraints“/Zwänge entfalte. Mit dieser Feststellung sei allerdings noch nichts über „den konkreten Weg gesagt, auf dem sie sich durch- und umsetzen“.

¹⁹ An anderer Stelle (2003b: 100) fügt Röttger hinzu, dass die ‚fortgeschrittenen Staaten‘ unter den Bedingungen fortgeschrittener Globalisierung selbst unter „Ökonomisierungsdruck“ geraten, „d.h. ihre Funktionen selbst werden ökonomischen Rationalitätskriterien unterstellt. ‚Ökonomisierung‘ wird

listischen Globalisierung vollzieht sich ein kapitalistischer Verallgemeinerungsprozess erstmals dergestalt, „dass sich die kapitalistische Weltökonomie nicht mehr vorrangig über ein hierarchisches Staatensystem und national-staatlich organisierten Zentrum-Peripherie-Beziehungen organisiert und konstituiert, sondern als *hierarchisierende Funktion der Kapitalakkumulation selbst*. Dieser Wandel erzwingt endgültig, die analytische Dichotomie von nationaler und globaler Ebene bzw. endogenen und exogenen Faktoren zu überwinden ...“ Und dieser Konstitutionswandel „lässt sich als *Übergang von der Inter- zur Transnationalisierung der Produktionsweise* charakterisieren“ (31; Herv. MO)²⁰, die ihre eigenen „constraints“/Zwänge entfalte.²¹

(8) Verallgemeinernd kann nach Röttger davon ausgegangen werden, dass die Transnationalisierung des Kapitals als ein Prozess des „Aufbaus von polyzentrischen Strukturen“ zu kennzeichnen ist. „Die polyzentrische Struktur im Rahmen der produktionstechnischen Angleichnung/Austauschbarkeit der Standorte transnationaler Konzerne bewirkt ein neues Verhältnis von Zentrum und Peripherie und damit eine *Neuordnung der Strukturen der Weltarbeitsteilung* samt der ihr eigenen lokalisierten Ausbeutungsstrategien Die alte Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie wird durch eine neue Spaltung überlagert, die sowohl das Zentrum als auch die Peripherie durchzieht: In den peripheren Gesellschaften entstehen ‚zentrale‘, hochmoderne und global agierende Produktionskomplexe (bei gleichzeitiger Reproduktion internationaler Hierarchien), während in den metropolitanen Gesellschaften neuartige Formen der ‚lowroad‘-Fertigung Einzug halten, die sich im Rahmen der Neuordnung regionalisierter Zulieferungsbetriebe und ... erzwungener Formen der Lokalisierung von Liaisonfunktionen in den Zentren der Weltökonomie einnisten (‚Entgrenzung der Peripherie‘). (...) Eine, wenn auch nicht *die* zentrale Fragestellung ... richtet sich ... auf das Verhältnis von sogenannten exogenen und endogenen Faktoren, konkreter: auf die Prozesse der Endogenisierung ... weltmarktdominierender Produktionsverhältnisse“ (32).²²

zur Signatur einer neuen Entwicklungsepoche des Kapitalismus, weil sie nicht nur ökonomische Organisations- und Kontrollformen verändert, sondern auch die Regulationsverhältnisse durchflutet, indem sie neue Governance-Formen kreiert. Ökonomisierung ist zu einem gesellschaftlichen Durchdringungsverhältnis geworden.“

²⁰ Röttger (ebd.) erläutert den Wandel am Beispiel des VW-Konzerns (Gleiches ließe sich auch an jenen von Siemens und Philipps beschreiben): „Basierte die *multinationale Strategie* einer konzerninternen Funktionsteilung zwischen den ‚zentralen‘ deutschen Standorten und den ‚peripheren‘ Überseeestandorten der 60er Jahre noch auf einer strikt hierarchischen Arbeitsteilung ..., begann sich bereits mit der sogenannten ‚Verbundfertigung‘ der 80er Jahre infolge einer komplexer werdenden internationalen Aufgabenstruktur und Arbeitsteilung die ‚Modernitätslücke‘ zwischen den verschiedenen Konzernstandorten tendenziell zu schließen. In der Strategie des global atmenden Produktionsnetzwerkes mit weltweit standardisierter Produktion und standardisierten Produkten (bei ungleichen Systemen der Arbeitsbeziehungen) wurde die Strategie der produktiven Angleichung der weltweiten Produktion des Konzerns vollendet – wie etwa die Verantwortlichkeit des Werkes in Puebla für die Produktion des New Beetle zeigt.“

²¹ Mit dieser Feststellung sei allerdings noch nichts über „den konkreten Weg gesagt, auf dem sie sich durch- und umsetzen“ (Röttger 2003b: 102).

²² Laut Dörre/Röttger (2003: 314, Fußn. 3) beziehen hegemoniale Produktions- und Tauschnormen „über das Produktionsmodell hinaus den Weltmarkt, die Struktur internationaler Arbeitsteilung und das darauf bezogene Staatensystem (ein). Transnationale Produktionsnormen sind keine völlig neue Erscheinung, sie existierten auch in früheren Stadien kapitalistischer Entwicklung. Anders als in der Ära des expandierenden Fordismus vollzieht sich die Etablierung und Ausbreitung einer hegemonialen Produktionsnorm gegenwärtig als ein Prozess, der alle weltmarktorientierten Ökonomien

Laut Röttger können die Durchsetzungs- und Verallgemeinerungsverhältnisse der dominierenden Produktionsweise mit Poulantzas als Kräfte der ‚Interiorisierung‘ gefasst werden, „d.h. sie vollziehen sich nicht durch äußeren Zwang, sondern als ‚Artikulation‘ von Weltmarktbeziehungen im Innern der Gesellschaftsformationen.“ Bereits Poulantzas hatte (in seiner Theorie des ‚internationalen imperialistischen Zusammenhangs‘) herausgearbeitet, „dass unter den Bedingungen der Internationalisierung des Kapitals die kapitalistische Produktionsweise die Gesellschaftsformationen ‚nicht mehr einfach von ‚außen‘ und durch die Reproduktion des Abhängigkeitsverhältnisses‘ (beherrscht), sondern ihre unmittelbare Herrschaft in ihnen selbst errichtet“ (33 f.). „Interiorisierung bleibt ... nicht auf die Nationalstaaten beschränkt, ‚sie lässt sich auf lokalen, regionalen, grenzübergreifenden und interregionalen Ebenen genauso feststellen wie in den Aktivitäten der sogenannten ‚unternehmerischen Städte‘“ (Jessop 1999)“ (34 f.).²³

Was Röttger als grundlegende Tendenzen der ‚fortgeschrittenen Globalisierung‘ ausweist, wird bei Detlev Claussen schon plakativ zum „weltgesellschaftlichen Prozess der Vereinheitlichung“. In einer „Welt der Gleichzeitigkeit“ hat nach ihm der Imperialismusbegriff, der eine Welt der Ungleichzeitigkeit beschreibt, seinen Sinn verloren.²⁴ Allerdings bestehe ein Problem darin, „dass eine *Weltgleichzeitigkeit* hergestellt ist, *bei ungleichen Bedingungen* Gerade für Gesellschaften, die am stärksten von der Fragmentierung betroffen sind, stellt die Welt der Gleichzeitigkeit das größte Problem dar“ (Herv. MO).

(9) Verglichen mit Heinrich betonen Wissel und Röttger entschiedener das qualitativ Neue der („fortgeschrittenen“) Globalisierung, mehr das Prozesshafte vom fordistischen zum postfordistischen Kapitalismus.²⁵ Zwar gelten die grundlegenden Struk-

annähernd gleichzeitig erfasst.“ Die transnationale Durchsetzung und Institutionalisierung marktkompatibler Produktionsnormen bezeichnen Dörre/Röttger als „*nachfordistisches* oder *flexibles Marktregime*“ (ebd.: 315).

²³ ‚Primat der internen Faktoren‘ bedeutet nach Röttger keineswegs, „die Funktion globaler Kräfte und Organisationen im Prozess der Erosion des fordistischen Kompromissgleichgewichts zu unterschätzen. Dieses Primat setzt vielmehr globale Hegemonie als dominierende Akkumulations-, Gesellschafts- und Regulationsstruktur auf weltwirtschaftlicher Ebene voraus. Es verpflichtet aber im Unterschied zu ‚top-down‘-Perspektiven dazu, zur Kenntnis zu nehmen, dass die ‚Gesetze‘ der Globalisierung nur Kraft der Interiorisierung, also der Einlagerung in gesellschaftliche Verhältnisse ‚vor Ort‘, tatsächlich wirken. In diesem Prozess, ‚wie exogene Strukturen endogenisiert werden‘ (Altwater), lässt sich ein Wandel feststellen“ (ebd.).

²⁴ Der Imperialismusbegriff sei schon in den 1960er und 70er Jahren „viel zu wenig eine analytische, viel zu sehr eine polemische Kategorie“ gewesen, meint Claussen. Und nach 1989 sei er tatsächlich mehr oder weniger stillschweigend unter den Tisch gefallen, worin sich eine gesellschaftliche Realität und kein theoretisches Versagen ausdrücke.

²⁵ Spätestens an dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass jenes, was mit neoliberaler Globalisierung umschrieben wird, eine Reaktion auf die Krise des Fordismus war / ist. Und dafür, dass der fordistische Kapitalismus Anfang der 1970er Jahre in die Krise geriet, waren in der Hauptsache zwei Tendenzen maßgeblich, die m.E. Conert (: 8) richtig benennt: „eine Krise der industriellen Massenproduktion infolge von Überproduktion in relevanten Bereichen und Schwierigkeiten der Kapitalverwertung infolge der Überakkumulation von Kapital“. Aus kapitalistischer Sicht waren zur Bestandsicherung des Systems „die Erschließung neuer Märkte, die Eröffnung neuer Anlagebereiche und die Erhöhung der Profitrate“ gefordert. Die Umsetzung dieser drei Hauptanliegen der Kapitalvertreter (vor allem der sog. I. Welt) soll/te mittels Privatisierung und Deregulierung vonstatten gehen. Letztere meint die Aufhebung oder Lockerung der bis dato geltenden institutionellen, organisatorischen, handlungsbezogenen etc. Regulative, die die Aktionsfreiheit der Kapitalagenten einschränken (vgl. ebd.:

turmerkmale des Kapitalismus nach wie vor, seine konkrete ökonomische und politische Gestalt hat sich aber gravierend verändert (vgl. Hirsch 1996: 726); insofern kann von der tendenziellen Herausbildung einer neuen historischen Formation des Kapitalismus gesprochen werden.²⁶

Es bleibt aber die Frage, ob Wissel und vor allem Röttger nicht doch dazu neigen, Entwicklungstendenzen mit welt-gesellschaftlichen Realitäten in eins zu setzen. Zumindest besteht die Gefahr, dass beide Autoren so interpretiert werden können. So darf beispielsweise bei aller Betonung der Transnationalisierung des Kapitals nicht außer acht gelassen werden, wie Bob Jessop (2001b: 154) schreibt, dass die Mehrheit der Kapitale kaum in der Lage sind, „ihre Aktivitäten in Zeit und Raum gleichermaßen zu dehnen bzw. zu komprimieren“. Ein Großteil der Kapitale sei auf eine „Präsenz in bestimmten [national- oder lokalstaatlichen] Räumen angewiesen“. Selbst internationale Unternehmen bleiben nach Joachim Hirsch (2001a: 125) auf die Staaten als „Garanten für die Bereitstellung nicht marktförmig herstellbarer Produktionsbedingungen, der sozialen Ordnung und der notfalls mit Waffengewalt durchzusetzender Sicherung ihrer Interessen angewiesen. Es ist daher kein Zufall, dass die relevanten Konzerne ihren Sitz oder ihr operatives Zentrum fast ausschließlich in den starken Staaten des Weltsystems haben.“ Die Nationalstaaten, so unisono Hirsch (2001b: 187 f.) und Jessop (ebd.: 167), bleiben die „Hauptakteure“ – trotz aller Internationalisierung ihrer selbst.

10). Beide Maßnahmen fungier(t)en als Ausweg, dem Druck auf die Profitraten zu entgehen oder wenigstens abzumindern. Allgemein betrachtet sind mit Hirsch (2004) drei Formen als entgegenwirkende Tendenzen zum Fall der Profitrate zu unterscheiden: 1. die Realisierung von Produktionsprozessen mit niedrigerer organischer Zusammensetzung des Kapitals (etwa durch die Verlagerung von Kapital in neu erschlossene Produktionsräume unter Verwendung eines größeren Quantum billiger Arbeitskraft, als Kapitalexport oder aber durch Kapitalvernichtung); 2. die technische Umwälzung der Produktionsprozesse (Rationalisierung), verkoppelt mit einer Umgestaltung der Arbeitsorganisation, 3. die Senkung der Löhne. Die Expansion des Kapitals geht grundsätzlich in die beiden Richtungen innere und äußere Expansion (zur letzteren siehe die Fußnote 41). Innere Expansion geschieht durch technische Umwälzung der Produktionsprozesse sowie durch die Einbeziehung nicht kapitalistischer Produktionen (z.B. häusliche Produktion) in den unmittelbaren Kapitalverwertungsprozess (Ultra-Kommodifizierung / Verallgemeinerung der Warenform = alles zur Ware machen: von den allgemeinen Naturgütern wie Land, Luft und Wasser über Infrastrukturen und öffentliche Dienste bis hin zu Rentensystemen und Sozialversicherungen). Von heute aus betrachtet haben die neoliberalen Maßnahmen durchaus zu einer tendenziellen Erholung der Profitrate (Durchschnitt der G6- Länder USA, J, , F, GB, I) geführt, aber sie hat nicht bewirkt, oder nur vorübergehend, dass auch die anderen Variablen (Akkumulations-, Wachstums- und Produktivitätsrate) wieder anstiegen (siehe die Abbildung 1). – Näheres zur Diskussion über Akkumulations- und Krisentheorien siehe Sablowski 2003.

²⁶ Von einer solchen tendenziellen Herausbildung würde Heinrich sicherlich nicht reden. Lediglich die Herausbildung des internationalen Finanzsystems als „Steuerungszentrum eines globalen Konkurrenzkapitalismus“ (Heinrich 2003c: 408) ist für ihn ein Novum. Und neu daran sei nicht der Einfluss des Finanzsystems, vielmehr dass dieses „zunehmend markt- statt bankorientiert ist, was die Bedeutung des fiktiven Kapitals beträchtlich erhöht, und vor allem, dass das Finanzsystem jetzt international ist, womit – und dies macht den Kern der ‚Globalisierung‘ aus – auch die Standards der Kapitalverwertung zunehmend internationalisiert werden“ (ebd.) – Nach Heinrich (ebd.: 407) sind kapitalistische Produktion und Finanzsystem „untrennbar verbunden, insbesondere lässt sich kein prinzipieller Unterschied zwischen einer ‚produktiven kapitalistischen Akkumulation‘ und einer ‚unproduktiven Spekulation‘ an den Finanzmärkten aufmachen. Spekulativ ist nicht nur der Kauf einer Aktie oder eines Optionsscheins, auch jede Investition in kapitalistische Produktion trägt ein spekulatives Moment in sich: Kein Kapitalist kann sicher sein, in welchem Umfang und zu welchem Preis er seine Produkte absetzen wird. Er weiß im voraus nicht, ob seine Investition tatsächlich den erwarteten Profit bringen wird.“

Generell beinhaltet ‚ökonomische Globalisierung‘ selten, wenn überhaupt, eine komplette strukturelle Integration und strategische Koordination rund um den Globus (siehe Jessop ebd.: 143 f.) Laut Jessop enthält sie stattdessen „eine komplexe Verbindung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung über verschiedene Räume und zeitliche Handlungshorizonte hinweg. Die damit entstehende Dynamik ist verstreut, fragmentiert, höchst vermittelt, partiell und weit entfernt davon, eine homogenisierte, sich gleichmäßig entwickelnde Weltwirtschaft zu schaffen“ (ebd.).²⁷

Nach Hirsch (ebd.: 191 f.) sind insbesondere die dominierenden Metropolenstaaten in der Lage gewesen, die durch die Globalisierung in der Tat bewirkte Verringerung einzelstaatlicher makroökonomischer Steuerungsspielräume „durch die Schaffung internationaler Regulierungs- und Kooperationsnetzwerke (von der WTO bis zu den G7-Treffen) zu kompensieren. Dies führt dazu, dass ein relativ dichtes System internationaler Regulation entstanden ist, in dessen Rahmen das für den ‚verhandelnden Staat‘ charakteristische Mit- und Gegeneinander von Staaten, multinationalen Unternehmungen und zuweilen auch NGOs in mehr oder weniger formalisierter Weise institutionalisiert ist.“ Die Frage sei jedoch, „in wessen Interesse und im Rahmen welcher Kräfteverhältnisse“ reguliert werde. Tatsächlich gebe es ein „durchaus funktionsfähiges System von ‚Global Governance‘. Allerdings hat dieses weniger mit demokratischer Gestaltung zu tun, sondern ist ... vor allem darauf angelegt, private Eigentumsrechte und die Interessen der multinationalen Konzerne und den globalen Kapitalverwertungsprozess rechtlich und institutionell abzusichern. Dies führt dazu, dass auch die ‚starken‘ Staaten der Triademetropolen zwar in institutionelle Regelnetzwerke und ‚Regimes‘ eingebunden werden. Sie gewinnen aber dadurch zugleich neue Handlungsspielräume vor allen zu Lasten der kapitalistischen Peripherie ...“. Die auf Bretton Woods zurückgehenden Weltmarktagenturen (WB, IWF, GATT/WTO) sind übrigens etwas durchaus Neues, vergleicht man die postfordistische mit der ersten (vorfordistische) Weltmarkt-Expansionsphase vor dem I. Weltkrieg. Das wird von jenen oft unterschlagen, die den Fordismus lediglich als historische Ausnahmephase eines sich stetig zum Weltmarkt hin entwickelnden globalen (ganz gewöhnlichen) Konkurrenzkapitalismus kennzeichnen.

Wenn Jessop mit seinem Hinweis Recht hat, dass ein Großteil der Kapitale auf eine Präsenz in bestimmten Räume angewiesen ist, dann ist Vorsicht geboten (siehe 5.), von einer ‚non-territorialen Klasse‘ zu reden. Zwar sprengt die Wahrnehmung eigener Klasseninteressen – nicht nur transnational orientierter Kapitalfraktionen – die nationalen Grenzen und öffnet sich dem transnationalen Raum,²⁸ von einer ‚homogenen, wirklich internationalen herrschenden Klasse‘ kann jedoch bislang nicht gesprochen werden (vgl. Dörre, Zeller: 107, Panitch/Gindin: 72).

²⁷ Dennoch, so Jessop (ebd.), „hat Globalisierung (zumindest in ihrer beherrschenden neoliberalen Form) die nationalstaatlich zentrierten raum-zeitlichen Fixierungen gebrochen, die dem Nachkriegsboom des atlantischen Fordismus ... eben so zugrunde lagen wie der nationalen, importsubstituierenden Industrialisierung in Lateinamerika oder den – auf nachholende Entwicklung und exportgestütztes Wachstum zentrierten – ostasiatischen ‚Wirtschaftswundern‘“.

²⁸ Alnasseri et al (30) schreiben: „Die Kongruenz von Klasse und Territorium ist mehr denn je fragwürdig“.

Unter Einbezug weiterer Autoren komme ich noch einmal auf jenes zurück, was unter II.3, 5 und unter I. angesprochen wurde: die Rolle der USA im globalen Konkurrenzkapitalismus. Einigkeit besteht allgemein hinsichtlich der eingeschränkten Möglichkeiten der USA die Weltordnung zu prägen und die Weltwirtschaft zu stimulieren, d.h. auch, als internationale Konjunkturlokomotive wenn nötig zu fungieren (vgl. Schmidt, Harvey, Husson, Panitch/Gindin, Wallerstein).²⁹ So schreibt beispielsweise David Harvey (: 31): „Die USA, deren Vorherrschaft sich in der ... Nachkriegsperiode auf die Macht der Produkte, auf die finanzielle und militärische Macht stützte, haben ihre Überlegenheit in der Produktion eingebüßt und sie sind möglicherweise gerade dabei, auch die finanzielle Übermacht zu verlieren, so dass nur noch die militärische Stärke übrigbleibt.“ Nach Ingo Schmidt (: 559) haben die USA die finanzielle Dominanz noch nicht verloren. Er spricht von einem Duopol, in dem der US-\$ und der € um die Leitwährungsrolle und Kapitalanlagen konkurrieren. Jene Wirtschafts- und Währungsräume, die durch Dollar und Euro repräsentiert werden, seien gemessen an Gesamtoutput und Arbeitsproduktivität recht ähnlich. Ein deutlicher Unterschied bestehe nur bezüglich ihrer militärischen Stärke.³⁰

Nach Michel Husson (: 140) lässt sich die „zerbrechliche“ Grundlage der US-Vorherrschaft so zusammenfassen: „Der dominierende [US-]Imperialismus ist nicht wie bisher Exporteur von Kapital, seine Überlegenheit beruht im Gegenteil auf seiner Kapazität, einen ständigen Strom von Kapital aufzusaugen, der seine Akkumulation finanziert und die technologischen Grundlagen dieser Dominanz produziert.“ Die große Schwäche des ‚Imperiums‘ bestehe darin, „seinen Vasallen kein stabiles Regime anbieten zu können. Japan musste hinnehmen, dass seine unabhängige Wachstumskapazität durch die Überbewertung des Yens unterbrochen wurde (Plaza-Abkommen 1985). Die japanische Ökonomie dümpelt seit zehn Jahren dahin. Die EU hingegen hat sich im Grunde nie ein derartiges Ziel einer unabhängigen Wachstumskapazität vorgenommen.“ Letzteres verweist darauf, dass die EU nicht alles daran setzt, einen den USA ebenbürtigen Machtblock zu formen – dazu fehlt ihr, selbst wenn sie es wollte, die militärische Stärke und ein politisches Konzept, das alle Mitglieder tragen. Allerdings kann die tendenziell fortschreitende europäische Integration die Fähigkeit der USA einschränken, als internationaler Hegemon zu agieren (vgl. Schmidt: 561). Aufgrund dieser Schwächung des hegemonialen Zentrums kann es bzw. wird es, wie Schmidt (ebd.) meint, zu einer „weltweiten Zunahme politischer und wirtschaftlicher Instabilitäten kommen und auch die transatlantischen Beziehungen weisen dauerhafte Konfliktlinien auf“ (ebd.). Andererseits sind aber beide Wirtschaftsregionen durch eine intensive Verflechtung von Direktinvestitionen, durch grenzüberschreitende Fusionen und die Ausbreitung blockübergreifender Unternehmensnetzwerke derart vernetzt – die neoliberale Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte hat dieser Entwicklung den entscheidenden Antrieb gegeben –, dass die Konflikte kaum zu einem dauerhaften Bruch führen werden. Gegen diesen spricht laut Schmidt (: 561 f.) auch die Tatsache, „dass die herrschenden Klassen auf

²⁹ Laut Schmidt (: 559) ist es fraglich, ob die US-Regierung weiterhin die Rolle der internationalen Konjunkturlokomotive spielen und nicht vielmehr die Binnenwirtschaft auch ohne Rücksicht auf weltwirtschaftliche Folgen stabilisieren will.

³⁰ Nicht nur zum Militarismus der USA, sondern zur Thematik „Militarismus: der bewaffnete Arm der Globalisierung“ siehe den informativen Aufsatz von Serfati.

beiden Seiten des Nordatlantik zwar die Weltmarktintegration Asiens begrüßen, weil sie auf diese Weise Anlagemöglichkeiten für überschüssiges Kapital finden und gleichzeitig Zugang zu billigen Warenlieferungen haben. Andererseits sind sie aber bemüht, die Übersetzung von ökonomischer Größe in politische Macht und ganz besonders die Herausbildung eines asiatischen Machtblocks zu verhindern (Brzezinski 2002). Freimütig wird darüber hinaus der ungehinderte Zugang zu billigen Rohstoffen zu einem ‚vitalen Interesse‘ der Europäer und Amerikaner erklärt, der mit militärischer Gewalt durchgesetzt wird. Angesichts begrenzter Rohstoffe können sich zwar auch aus diesem Interesse massive Verteilungskonflikte ergeben. In der unmittelbaren Zukunft sind Europa und Amerika jedoch nicht mit akuter Ressourcenknappheit konfrontiert, sondern mit steigenden Kosten, den Zugang zu diesen Ressourcen zu sichern. (...) Die aktuellen Kontroversen um Unilateralismus versus Multilateralismus können vor diesem Hintergrund auch als Verteilungskampf um die Kosten des gemeinsamen Imperiums verstanden werden. Dabei zeichnet sich zwischen den USA und der EU eine Arbeitsteilung ab, bei der sich erstere auf militärische Aktionen konzentrieren, während sich die EU auf multilaterale Verhandlungen spezialisiert, für die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten aber einen Teil der militärischen Kosten übernehmen muss.“

Ähnlich wie Schmidt äußern sich Leo Panitch / Sam Gindin (: 71 ff.) zum Konkurrenz-Kooperations-Verhältnis USA – EU. Allerdings betonen sie entschiedener noch als dieser die ökonomische und militärische Integration bzw. Kooperation der starken Triadestaaten, m.a.W. die weitgehend übereinstimmenden Herrschaftsinteressen. Immanuel Wallerstein (: 567 ff.) hingegen spricht (wie Todd, siehe unter I.) vom „letzten Sommerglimmen [der] US-amerikanischen Hegemonie“: die europäische Integration würde fortgesetzt und Europa sich weiter von den USA entfernen; China, Korea und Japan würden dichter zusammenrücken, was eine noch größere geopolitische Bedeutung besitze wie die Integration Europas; die USA könnten schon bald den Wirbelwind bedauern, den sie (im Sinne ihrer ‚Strategie des endlosen Krieges‘) mit ihrer Intervention in den Irak entfesselt haben. Dies ist nach Wallerstein „der Auftakt zu einem anarchischen Übergang³¹ - von dem existierenden Welt-system zu einem anderen. Wie immer in solch einer Periode hat kein Akteur eine signifikante Kontrolle der Situation, am wenigsten eine Hegemonialmacht im Niedergang wie die USA“.

III.

Die These von Röttger und anderen, dass man heutzutage nicht mehr so einfach eine binäre Gegenüberstellung von Zentrum und Peripherie vornehmen kann, ist sicher richtig. Neue Spaltungen überlagern alte: Metropolitanisch-kapitalistische Enklaven haben sich längst in peripheren Gesellschaften entwickelt und umgekehrt bilden sich in metropolitanischen Gesellschaften Armutszonen bzw. solche tieferen Entwicklungsstandes aus. Vielfach wird in diesem Zusammenhang das Bild vom Leopard-

³¹ Wallerstein führt noch die Weitergabe von nuklearen Waffen auf und betont, dass das Lager von Porte Alegre solider und wahrscheinlich auch militanter werden würde und jenes von Davos zerfallen könnte, und zwar in diejenigen, die sich dem Lager von Porte Alegre anschließen und in diejenigen, die das letztere zerstören wollten.

denfell oder jenes vom globalen Netz mit zum Teil sich verdichtenden Knoten bemüht. Solche Bilder einer derart ‚entgrenzten Welt‘ überblenden allerdings die Orte zwischen den ‚Flecken und Knoten‘, sozusagen das Hinterland insbesondere der Dritte-Welt-Metropolen. Christian Stock macht darauf aufmerksam, dass die vielfach (als überholte Imperialismustheorie) gescholtene Dependenztheorie³² mit ihrem Konzept der ‚strukturellen Heterogenität‘ durchaus erklären könne, warum Metropolen wie z.B. Bangkok stärker mit dem Weltmarkt als mit dem Hinterland verflochten sind. Letzteres ist mit seiner zumeist noch Subsistenz- bzw. Schattenwirtschaft für das globale Kapital uninteressant, es sei denn, wichtige Rohstoffe locken.³³ Das Hinterland ist, wenn überhaupt, lediglich negativ an den Weltmarkt angekoppelt. Mehr noch, es gibt ausgehöhlte, leere, entstrukturierte, mit endemischen Chaos konfrontierte Staaten und Großregionen, die vielfach als vom Weltmarkt ‚zwangsabgekoppelt‘ betrachtet werden.³⁴ Des Weiteren muss, und das verweist auf generelle Differenzierungsprozesse in der sog. III. Welt, mit Robert Kappel (2003: 255) wenigstens zwischen vier Entwicklungsländergruppen unterschieden werden: (1) Solche mit einer sich selbsttragenden Dynamik (Taiwan, Korea); (2) Catching up-Entwicklungsländer, die über Technologiediffusion zu den führenden Entwicklungsländern aufschließen (China und Staaten mit räumlicher Nähe zu den Triadezentren wie Malaysia, Mexico, Thailand und die Türkei); (3) Entwicklungsländer mit Rohstoffausstattung (dazu gehören auch die AKP-Länder); (4) isolierte Ökonomien (fast alle ehemaligen Binnenstaaten der SU und einige afrikanische Binnenstaaten).³⁵ Die ‚III. Welt‘ ist also alles andere als eine einheitliche Welt.

Diese Ausdifferenzierung vor Augen darf allerdings nicht dazu verleiten, vor schnell *nur* noch das je Besondere der (Unter-)Entwicklung eines Landes oder einer Region zuungunsten von allgemeinen ökonomischen und sozialen Tiefenstrukturen

³² Nur zur Erinnerung soll mit Köbler (: 114-116) die dependenztheoretische Position in zwei Thesen und einer Schlussfolgerung umrissen werden: Die Probleme postkolonialer Gesellschaften sind nicht in erster Linie durch innergesellschaftliche Barrieren verursacht, vielmehr durch die Art und Weise ihrer ‚Einbeziehung in den Weltmarkt, d.h. durch *externe* Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, die teilweise bereits seit Jahrhunderten bestehen und folgenreiche gesellschaftliche Deformationen bewirkt haben“. „Nur durch die massiven Werttransfers aus den heute unterentwickelten Regionen der Welt wurde ... die industriell-kapitalistische Entwicklung im westlichen Europa möglich. Ferner dauern derartige Transfers bis heute an.“ Eine „aussichtsreiche Entwicklung“ für die heutigen Entwicklungsländer hat „die Ausschaltung oder doch wenigstens Zurückdrängung des Weltmarktes“ zur Voraussetzung, „die Abkoppelung oder die (selektive) Dissoziation“. – Und Köbler weiter: Die *Zielbestimmung* wurde aber auch von der Dependenztheorie „erstaunlich wenig hinterfragt“. Das Ziel hieß ‚Entwicklung‘, d.h.: „die Angleichung der produktiven Strukturen, der Konsummuster und Lebensformen an die bereits entwickelten Gesellschaften. ‚Erfolgreiche Entwicklung‘ erscheint dann als deckungsgleich mit ‚eine(m) ausgereifte(n) metropolitane(n) Profil‘ (Senghaas 1982) ...“.

³³ Zeller (2004b 92) verweist ganz richtig darauf, dass die Konzerne der starken Triadestaaten sich im Wesentlichen aus vier Gründen internationalisieren: um sich Zugang zu Ressourcen und Rohstoffen zu verschaffen, sich Märkte zu erschließen, die Rationalisierung der Produktion durch eine ausgefeilte Arbeitsteilung und den Bezug von Zwischenprodukten zu ermöglichen sowie sich den Zugang zu Wissen, Fähigkeiten und technologischen Kapazitäten zu verschaffen. Nur gerade wegen dem ersten Motiv und in eingeschränktem Maße zu den beiden nachfolgenden investieren TNCs in den abhängigen Ländern des Südens. „Die Investitionen für Forschung und Entwicklung beschränken sich auf die allerreichsten Länder der Welt.“

³⁴ So konzentrieren sich laut Zeller (2004b: 103) die Investitionen in China auf wenige Städte, vor allem im Süden, in Mexico auf die Maquiladoras und in Brasilien auf die metropolitane Region um Sao Paulo. „Daneben werden weite Gebiete dieser Länder verwüstet und entvölkert.“

³⁵ Vgl. auch Senghaas‘ Hinweise zu den Differenzierungsprozessen in der ‚III. Welt‘ in seinem Aufsatz von 2003.

herauszustreichen. Mit ihrem Ausrufen des ‚Endes der III. Welt‘ und ihrem Verwerfen aller ‚Abhängigkeitstheoreme‘ hat sich ein Großteil der entwicklungspolitischen Debatte seit Anfang der 1990er Jahre genau in diese Richtung bewegt (angestoßen u.a. von Menzel). Problematisch ist hinsichtlich der Entwicklung(sblockaden) nicht – eher notwendig –, dass die konkrete Kolonialgeschichte eines Landes oder einer Region, die heutigen Weltmarktzwänge und die jeweiligen endogenen Faktoren zusammengebracht werden. Es wird nur dann problematisch, wie Stock richtig vermerkt, wenn nur noch gezeigt wird, „dass überall alles anders ist“, weil überhaupt nicht mehr vom Einzelfall abstrahiert wird, und wenn die Analyse in eine reine Deskription abgeleitet.

Vor allem aber wird es problematisch, wenn den Ländern des Südens die *alleinige* Verantwortung für ihre Entwicklungsblockaden und Krisen angelastet wird.³⁶ Ausgeblendet wird so, dass die ‚Gesetze‘ des Weltmarktes bzw. der fortgeschrittenen Globalisierung sowie die Politik der starken Triadestaaten (identisch mit den G7- Ländern) gegenüber den subalternen Staaten eine Angleichung der Positionen der Weltmarktteilnehmer verhindern.³⁷ Den nach industriekapitalistischen Maßstäben wenig entwickelten Staaten werden von den starken Staaten, insbesondere mittels der Weltmarktagenturen (siehe oben), „die Bedingungen oktroyiert, an denen sie ihre Beziehungen zu ausländischen Handelspartnern, Kreditgebern und Investoren auszurichten haben, sowie ihre nationale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Pauschal gesagt, sind das Bedingungen, die an den Interessen der tonangebenden Partner aus der I. Welt ausgerichtet sind“ (Conert: 22). Oder anders formuliert: die Interventions-Bewegung verläuft immer nur in eine Richtung, von den Zentren der I. Welt hin zu den dominierten Ländern – von Symmetrie kann nicht die Rede sein. Den tonangebenden Mächten geht es vorrangig um Märkte und Rohstoffe (vgl. ebd.)³⁸, und sie betreiben eine selektive Schließung ihrer Märkte und subventionieren ganze eigene

³⁶ Natürlich war es falsch, schreibt Stock, die Schuld für alle Probleme der III. Welt „ausschließlich in den Industrieländern zu suchen. Der pauschalen Behauptung von Abhängigkeit liegt ja nicht zuletzt eine fatale Omnipotenzvorstellung vom Norden und eine paternalistische Haltung zugrunde, die die III. Welt nur auf eine Opferrolle reduziert.“ Etwas anderes sei es jedoch, den Ländern des Südens die alleinige Verantwortung für ihre Misere anzulasten und Verschuldung, Protektionismus, Billiglöhne, Menschenhandel, Rüstungsexporte, Zerstörung der Atmosphäre durch exzessiven Energieverbrauch wegzudiskutieren. – Nach Stock fülle die praktische Entwicklungspolitik das Theorievakuum mit Schlaglichtern wie ‚Partizipation, soziale Sicherheit, good governance und sustainability auf und griffe das Stichwort vom ‚Ende der Dritten Welt‘ begierig auf. Man spreche von der ‚Einen Welt‘ und mahnt(e) ‚Globale Strukturpolitik‘ (global governance) an. Die Sicherung der eigenen Interessen erlaube nicht nur sondern verpflichte geradezu zu einem präventiven Krisenmanagement. „Entwicklungshilfe unterscheidet sich nur noch durch ihre Methoden von militärischer Sicherheitspolitik, nicht aber im Ziel. ... Viele (ex-)linke Vordenker opfern bereitwillig die politische Autonomie und Souveränität der Dritte-Welt-Staaten den vermeintlichen Erfordernissen engagierter Menschenrechtspolitik. ... Kaum weniger fragwürdig ist die Degradierung des Selbsthilfeprinzips zur ‚Internationalen Sozialhilfe‘“. – Zur Kritik an der Entwicklungspolitik der EU und des BMZ siehe die Arbeiten von Müller, Van Reisen und Ziai.

³⁷ Die Differenz in der Wirtschaftsstärke ist entschieden mehr als nur eine quantitative. Seit die wissenschaftlich-technische Entwicklung eine „Hierarchie der ‚Wissenschaftsintensität‘, der Produktivität und der Herstellungsverfahren“ bewirkte, ist das Aufholen des Rückstandes für die subalternen Staaten so gut wie ausgeschlossen (siehe Conert: 21).

³⁸ „Zwar sind die Märkte in der III. Welt nur begrenzt aufnahmefähig, aber selbst in armen Ländern gibt es wohlhabende Schichten und die fremden Exporteure haben auch ein Interesse an den Märkten für Artikel des elementaren Bedarfs“ (Conert: ebd.).

Wirtschaftsbereiche³⁹ – Stichwörter: Agrarimportrestriktionen; Barrieren für arbeitsintensive Güter; Subventionen für die eigene Landwirtschaft; strikte Einwanderungspolitik, die lediglich die Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften ermöglicht (siehe Kappel 2003: 256, Chang, Falk 2002b, Gelinsky, Küppers 2003a, Schilder).

Die entscheidende Frage ist aber dennoch nicht, ob der ‚Norden‘ auf Kosten des ‚Südens‘ lebt oder diesen ausbeutet, wie häufig betont wird.⁴⁰ Die derzeitige Situation der weitaus meisten postkolonialen Gesellschaften ist nach wie vor bestimmt durch unvollständige Produktions- und Konsumtionskreisläufe, wodurch ihre „strukturelle Außenabhängigkeit und prinzipielle Offenheit“ (Köbler 1998: 160) begründet wird. Mit dem systematischen Einbezug (fast) aller Gesellschaften in einen globalen – ökonomisch, aber auch macht- und militärpolitisch konstituierten – Zusammenhang, nimmt der Druck zu gerichteter, strategisch gezielter Veränderung zu, gerade für subalterne Gesellschaften. Dieser Druck ist nicht gleichzusetzen mit dem direkten Zwang kolonialer bzw. alt-imperialistischer Prägung.⁴¹ Reinhart Köbler (ebd.: 168) betont, dass „das Spektrum von Optionen aber geringer wird, nicht nur was das Ziel des ‚Aufholens‘ angeht, sondern auch, was die Wahl der Entwicklungspfade betrifft, die sich offenbar auf die Suche nach der einen momentan erfolversprechenden Strategie oder ‚Nische‘ reduziert. Immer wieder hat sich gezeigt, wie schwer es ist, aus diesem Zusammenhang auszubrechen. Das Scheitern unterschiedlicher Versuche zur ‚Abkoppelung‘ vom Weltmarkt während der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg belegt dies deutlich⁴²: Zumindest der Nachvollzug industrieller Produktivkraft-

³⁹ Auf der WTO-Konferenz in Cancún (Sept. 2003) gelang es allerdings den G20 plus-Ländern (ein Zusammenschluss von Entwicklungs- und Schwellenländern aus Asien, Lateinamerika und Afrika, unter der Führung von Brasilien, China und Indien), die über die Hälfte der Weltbevölkerung, darunter 60% aller Bauern, vertreten, sich des ‚Freihandel‘-Drucks zu G8-Konditionen zu entziehen, sozusagen der Arroganz der Macht zu trotzen. Prompt folgte die Drohung der G8-Staaten, zukünftig nur noch bilaterale Handelsabkommen zu schließen, und die US-Regierung drohte Brasilien an, entweder die US-Konditionen zu erfüllen oder stattdessen mit der Antarktis Handel aufzunehmen. – Näheres zu dieser Handelsrunde, die laut G8-Staaten die sog. Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, Öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterung) endlich aufgreifen sollte, siehe: Eberhard, Kloden.

⁴⁰ Zeller (2004b: 101) betont, „dass die Ausbeutung der Länder des Südens für die Kapitalakkumulation in den reichen Ländern in quantitativer Hinsicht sekundär ist. Umgekehrt bedeutet aber der Werttransfer eine beträchtliche Last für die dominierten Länder“.

⁴¹ Hirsch (2004) verweist darauf, dass bezogen auf die äußere Expansion des Kapitals zwei Formen, die formelle und informelle zu unterscheiden seien. Beruhe die erste auf der direkten militärischen Unterwerfung und Kontrolle von Territorien, so finde informelle Expansion dagegen statt, „wenn dominierende Mächte die Staaten und Regierungen ihres Einflussgebietes dazu zwingen können, sich so zu verhalten, dass der Expansion des Kapitals keine Hindernisse entgegengesetzt werden, also durch die Schaffung offener Waren- und Kapitalmärkte, Garantie des Privateigentums, Eindämmung der materiellen Ansprüche der Lohnabhängigen ... usw. Informelle Expansion verbindet also die freie Beweglichkeit des Kapitals mit der Existenz formell unabhängiger Staaten. ... Auch informelle Expansion setzt die Verfügung über militärische Gewaltpotenziale voraus, die aber in der Regel nicht zu territorialen Eroberungen, sondern dazu benutzt werden, formell selbstständige Regierungen zu einer geeigneten Politik zu veranlassen.“ Informelle Expansion beruht überdies nicht nur auf Gewalt, „sondern auch auf politischem und kulturellem Einfluss, also dem Export kultureller und politischer Normen und Institutionen“.

⁴² Konnten bis Anfang der 1980er Jahre wenigstens einige Länder des Südens versuchen, eine Strategie der Importsubstitution zu verfolgen, d.h. ihre Industrien davor zu schützen, sich sofort den Produktionsniveaus der fortgeschrittenen Länder zu unterwerfen, so herrscht heute ein anderes Modell vor: die totale Öffnung nicht nur der Warenströme, sondern auch der Investitionen. „Die Wettbewerbs- und Rentabilitätsnormen erstrecken sich über die ganze Welt. ... Der Übergang zur Globali-

entwicklung scheint in der Gegenwart allenfalls durch die strategisch bewusste Ausnutzung von Weltmarktchancen unter außergewöhnlich günstigen Rahmenbedingungen eine reale Option zu sein, wie sie durch die ‚vier kleinen Tiger‘⁴³ eingelöst wurde.“ Optimistischer ist Ulrich Menzel (1988, 1998): Nachholendes Wachstum sei auch zu Weltmarktbedingungen immer möglich (gewesen), allerdings nicht durch eine Weltmarktorientierung à la IWF. Er spricht von einem „selektiven Einklinken“ in den Weltmarkt bei Vorrang der Binnenmarktorientierung. Dazu müssten eine Reihe von internen Bedingungen erfüllt sein. Menzel schlägt vor: „Eine Entwicklung von Exportsektoren, in denen durch Bildung, Ausbildung und die Erlangung von zusätzlichem technischen Wissen die Verarbeitungsstufen stetig ausgebaut und in höherwertige Bereiche vorangetrieben werden. Zusätzlich soll der Versuch unternommen werden, landwirtschaftliche und Rohstoffexporte zu reduzieren und stattdessen in technologischen Nischenbereichen, die von den großen Produzenten noch nicht besetzt sind, konkurrenzfähig zu werden. Neben die Entwicklung des Exportsektors muss eine Binnenmarktorientierung und -ausweitung treten. Die Exportsektoren müssen wirtschaftlich integriert, Massenkonsumgüter im Land produziert werden. Dazu ist eine Verzahnung von Landwirtschaft, verarbeitender Industrie, binnenmarktbezogener und exportorientierter Produktion nötig“ (zitiert nach Pauli: 21).

Stellt man mit Kappel die Frage nach Gewinnern und Verlierern, so kann in der Tat, trotz eingeschränkter Entwicklungspfade, doch von einigen Globalisierungsgewinnern in den letzten 20/30 Jahren gesprochen werden, zumindest was das endogene Wachstumspotenzial betrifft. Neben den ‚vier kleinen Tigern‘ gehören die oben genannten Catch up-Entwicklungsländer zweifelsfrei dazu. Allerdings gilt für die sog. LDC(der am wenigsten entwickelten)-Länder das Gegenteil. Ihre Zahl hat sich von 1960 bis 1995 von 31 auf 47 erhöht, sie müssen sich mit nur 0,4% des Weltsozialprodukts begnügen. Für sie dreht sich die Abwärtsspirale weiter in Rich-

sierung lässt sich auch als Tendenz zur Etablierung von Weltmarktpreisen und zum weltweiten Ausgleich der Profitrate interpretieren“ (Zeller 2004b: 99).

⁴³ Unter der Überschrift „Etwas Neues im Osten“ (118 – 121) gibt Kößler einige wenige Hinweise, warum es zur „erfolgreichen nachholenden Entwicklung“ dieser Länder, besonders Südkoreas und Taiwan, gekommen ist. Diese Entwicklung könne insofern als autozentrierte bezeichnet werden, „als die sektorale Unvollständigkeit der Wirtschaft und die mangelnde Tiefe der Produktionsstruktur weitgehend überwunden wurde im Sinne einer integrierten Volkswirtschaft“ – erfolgreiche Entwicklung trotz der Krise 1997/98, die die nach wie vor hohe Auslandsverschuldung Südkoreas nachdrücklich offengelegt habe. Kößler sieht allerdings in konfuzianischen Traditionen und kollektiv, familiär vermittelten Loyalitätsbeziehungen – die angeblich zur Disziplinierung der Arbeitskraft und generell zu einer Wirtschaftsgesinnung beigetragen habe, die den Anforderungen kapitalistischen Wachstums entspreche – kaum die Gründe für die spezielle Ausprägung des Entwicklungspfades. Vielmehr hätten wir es mit Strategien zu tun, die sich als „jeweils zugeschnitten auf einen nationalstaatlichen Rahmen“ und „durchweg als in hohem Maße staatszentriert nicht nur durch Schutzzölle und andere Importbarrieren, sondern auch durch die gezielte Förderung von Schlüsselindustrien, Technologie und Export“ begreifen lassen. Hinzu kämen, zumindest bezogen auf Südkorea und Taiwan, besondere, „durch die Frontstellung dieser Staaten im Kalten Krieg bedingte Verhältnisse“, was sich nicht zuletzt in „hohen externen Transfers“ ausgewirkt habe. Der durch besondere Konstellationen zu erklärende Entwicklungsverlauf der vier NICs belege laut Kößler zugleich, „dass das seit zwei Jahrhunderten gültige Prinzip eines hierarchisch gegliederten Weltmarktes nicht gleichbedeutend ist mit einer unabänderlichen Rangfolge nationalstaatlich abgegrenzter Gesellschaften. Der industrielle Niedergang Großbritanniens, ... die eher ephemeren Erfolge importsubstituierender Industrialisierung in Argentinien bis kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ... können beispielhaft belegen, dass Positionverschiebungen innerhalb dieser Hierarchie Zeit ihres Bestehens stattgefunden haben, dass aber dadurch das hierarchische Strukturprinzip in keiner Weise erschüttert wurde.“

tung Marginalisierung und Peripherisierung. Insgesamt erweitert sich die Schere zwischen den sog. Industrie- und Entwicklungsländern (vgl. Kappel 2003, UNCTAD 2002).

Ich schließe hiermit die Hinweise zum Metropolen-Peripherie-Verhältnis. Unter der Überschrift dieses zweiten Abschnittes dienten sie hauptsächlich dazu, sich die andere Seite der Medaille ‚dominante Akteure im globalen Kapitalismus‘ zu vergegenwärtigen. Abschließend einige Literaturhinweise

- zu den internationalen Regulierungsinstitutionen *WTO*: Fuchs, Keet, Küppers, Rätz; *IWF* (reformieren oder abschaffen?): Schneider/Wahl;
- zur (sinnvollen?) Rede vom ‚*ungleicher Tausch*‘: Hopfmann, Berger (S. 29);
- zum (überdehnten?) Stellenwert der ‚*Terms of Trade*‘: Kappel 1994;
- zur *Ent-/Verschuldung* (Auslandsverschuldung = entwicklungsfördernd?): Hersel Schneider/Wahl, Wahl 2003, WEED Schuldenreport 1999, 2003;
- zu den *Entwicklungsblockaden in Lateinamerika*: Boeckh 1996/2002, Boris, GegenStandpunkt 2003, Günther, Voltaire.

Literatur zu I.

ALTVATER, Elmar 2003: Die Währung des schwarzen Geldes. Der Ölkrieg – Er wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt

In: *FREITAG* 8’03, S. 3

EHRKE, Michael 2003: Zwei Seiten einer Medaille: Krieg gegen Terror und um Öl

In: www.fr-aktuell.de/doku (Langfassung)

GEGENSTANDPUNKT 2003a: Die Gleichschaltung der Welt zersetzt den „freien Westen“. Amerikas Kreuzzug gegen den Terror – 2. Etappe: Der Irak-Krieg

In: www.gegenstandpunkt.com/gs/03/1/gs031031.htm

DIES. 2003b: Neueste Beiträge zur unendlichen Debatte über den gerechten Krieg und ungerechtfertigte Gewalt in der Weltpolitik

In: www.gegenstandpunkt.com/gs/03/1/gs031046.htm

HEINRICH, Michael 2003: Den Krieg erklären [ein Interview von Phase-2-Redakteuren mit M.H. über Krieg und Imperialismus]

In: *PHASE 2* 7’03

HIRSCH, Joachim 2003: Das Dilemma der Berliner Regierung

In: www.links-netz.de/T_texte/T_hirsch_irak2.html

KLÖNNE, Arno 2003a: Kein falsches Vertrauen! A.K. [in einem Gespräch mit Christoph Jünke] über den deutschen Imperialismus und die Logik der rot-grünen Außenpolitik

In: *SOZ – Sozialistische Zeitung* 2’03, S. 5

DERS. 2003b: Preemptive strike

In: www.linksnet.de/artikel.php?id=849

DERS. 2002c: Erstaunliches Urteil über Millionen von Demonstranten [gegen einen Irak-Krieg]

In: *FR* 13.3.03, S. 22 (Leserbrief zu BÜNDNIS GEGEN DEN ANTISEMITISMUS)

MASSARAT, Mohssen 2003: Die Imperative des Imperiums. Quislinge auf Tour [M.M. zu Münkler 2003]

In: *FREITAG* 13’03

MEARSHEIMER, John J. / WALT, Stephen M. 2003: Serientäter Saddam? Die Beweise der Kriegs-

befürworter stechen nicht
In: *BLÄTTER* 3'03, S. 296-306

MÜNKLER, Herfried 2002: Blockierte Entwicklung. Über amerikanische Motive für einen weiteren Golfkrieg

In: *FR* 29.11.02, S. 17

DERS. 2003: Wie Imperien funktionieren. Die Handlungslogik der USA und das Erstaunen ihrer früheren Bewunderer

In: *FR* 12.2.03 Irak Dossier, S. 1

SCHNECKENER, Ulrich 2003: Vermutungen und zweifelhafte Zeugenaussagen. Über die von den USA behauptete Verbindung des Saddam-Hussein-Regimes in Irak und der Terror-gruppe Al Qaeda

In: *FR* 20.2.03, S. 7

THE WHITE HOUSE 2002: NSS (Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika) 2002

In: www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf

Auszüge in: *BLÄTTER* 12'02, S. 1505-1511 und *FR* 28.9.02, S. 14: „Wir dürfen unsere Feinde nicht zuerst zuschlagen lassen“ – Ein Dokument der Bush-Regierung

TODD, Emmanuel 2003a: Auf der Bühne des theatralischen Militarismus. Amerika und die wahren Mächte der Welt

In: *BLÄTTER* 3'03, S. 287-295

DERS. 2003b: Weltmacht USA. Ein Nachruf. Zürich

WAGNER, Jürgen 2002a: Vom Containment zur Pax Americana. Die nationale Sicherheitsstrategie der USA

In: www.linksnet.de/artikel.php?id=789 oder in: *SOZIALISMUS* 260, 11'02

DERS. 2002 b: Irak als Vorspiel. Die „Logik“ der US-Ölstrategie

In: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/archiv/xxinfo/h052s088.html

ZUMACH, Andreas 2003: Der Hundesohn. Unser Hundesohn

In: *taz* 19.2.03, S. 4

Literatur zu II./III.

A k – analyse + kritik (dk.) 2003: Imperialismus statt „Empire“. Der Irak-Krieg entzaubert eine Theorie

In: *a k* 471, 21.3.03 oder: www.akweb.de/ak_s/ak471/33.htm

ALNASSERI, Sabah 2004: Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum. Münster

ALNASSERI, Sabah / BRAND, Ulrich / SABLowski, Thomas / WINTER, Jens 2001: Raum, Regulation und Periodisierung des Kapitalismus

In: *DAS ARGUMENT* 239, 1'01, S. 23-42

ATZERT, Thomas / MÜLLER, Jost 2003: Die Fortsetzung des Krieges

In: *SUBTROPEN* 4'03 bzw. in www.jungle-world.com/seiten/2003/14/642.php

BERGER, Michael 2001: Aufklärung, Verklärung, Abklärung. Warum Imperialismustheorien zu verabschieden sind

In: *iz3w* 251, S. 28-31

BIELING, Hans-Jürgen / DEPPE, Frank 1996: Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. Eine Problemskizze

In: *DAS ARGUMENT* 217, 5/6'96, S. 729-740

BOECKH, Andreas 1996: Wie läßt sich heute lateinamerikanische Außenabhängigkeit diskutieren?

In: *WeltTrends* 13, S. 146-162

DERS. 2002: Die Ursachen der Entwicklungsblockaden in Lateinamerika: Einige entwicklungstheo-

retische Mutmaßungen

In: *LEVIATHAN* 4'02, S. 509-529

BORG, Erik 2001: Gramsci Global? Transnationale Hegemoniebildung aus der Perspektive der Internationalen Politischen Ökonomie

In: *DAS ARGUMENT* 239, 1'01, S. 67-78

BORIS, Dieter 2002: Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung. Hamburg

BRAND, Ulrich / RAZA, Werner (Hg.) 2003: Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster

BRENNER, Robert 2003: Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft. Hamburg

BUCKEL, Sonja 2003: Weltordnungskriege

In: www.links-netz.de/T_texte/T_buckel_krieg.html

CLAUSSEN, Detlev 2001: Theoretische Aufgaben. Imperialismus und veränderte gesellschaftliche Verhältnisse – ein Gespräch mit D. Claussen

In: *iz3w* 251, S. 22-24

CONERT, Hansgeorg 2003: Neoliberalismus und Weltmarkt

Supplement *SOZIALISMUS* 10/2003

DÖRRE, Klaus 2002: Neubildung von gesellschaftlichen Klassen. Zur Aktualität des Klassenbegriffs

In: *WIDERSPRUCH* 43/02, S. 79-90

DÖRRE, Klaus / RÖTTGER, Bernd (Hg.) 2003: Das neue Marktregime – Zwischenbilanz einer Debatte

In: Dies. 2003: Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells. Hamburg, S. 312-323

EBERHARDT, Pia 2003: Mythen von Cancún

In: *BLÄTTER* 9'03, S. 1048-1051

FUCHS, Peter 2003: Ein MAI in der WTO? Die WTO und Investitionsregeln

In: *ila-Dossier* WTO 5'03, S. 9f.

GEGENSTANDPUNKT 2003: Die argentinische Krise: Ein Fall von innovativem Dollar-Imperialismus

In: www.gegenstandpunkt.com/gs/03/3/argent.htm

GÜNTHER, Stephan 2002: Geschichte wird gemacht. Argentinien als Beispiel für die Widersprüchlichkeiten der Globalisierung

In: *iz3w* – Sonderheft Globalisierungskritik (2002), S. 4-6

HARVEY, David 2003: Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung

In: *Supplement SOZIALISMUS* 5'03

HEINRICH, Michael 2001: Lahme Politik, undemokratischer Markt. Zum Umgang der „Globalisierungsgegner“ mit Staat und Kapital

In: *KONKRET* 9'01, S. 20 f.

DERS. 2002: Radikale Kurzschlüsse. In den Imperialismustheorien treffen sich Ökonomismus und moralisierende Kritik. Sie taugen nicht dazu, den weltweiten Kapitalismus zu analysieren

In: *JUNGLE WORLD* 16'02, 10.4.02

DERS. 2003a: Den Krieg erklären [ein Interview von Phase-2-Redakteuren mit M.H. über Krieg und Imperialismus]

In: *PHASE 2* 7'03

DERS. 2003b: Die Logik des Krieges

In: *JUNGLE WORLD* 18'03, 18.-23.4.03

DERS. 2003c: Geld und Kredit in der Kritik der politischen Ökonomie

In: *DAS ARGUMENT* 251, 3'03, S. 397-409

HAUG, Wolfgang Fritz 2003: Herrschaft ohne Hegemonie?

In: *Das Argument* 249, 1'03, S. 11-20

HERSEL, Philipp 1999: Auslandsverschuldung – Chance oder Blockade für den Entwicklungsprozess? (BLUE-Arbeitspapier 2/1999)

In: www.blue21.de/kapitalverkehrsmaterial.html

HIRSCH, Joachim 1996: Weltkapitalismus oder Nationalstaat – eine falsch gestellte Frage (Bemerkungen zu Jean Milos)

In: *DAS ARGUMENT* 217'96, S. 725-728

DERS. 2001a: Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie

In: Ders. / Jessop / Poulantzas 2001, S. 101-138

DERS. 2001b: Vom Ultra zum Hyper. Das neue Gesicht des Imperialismus

In: *iz3w* 251, S. 33-35

HIRSCH, Joachim / JESSOP, Bob / POULANTZAS, Nicos 2001: Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg

HOLLOWAY, John 1993: Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat

In: *PROKLA* 90, 1'93, S. 12-33

HOPFMANN, Arndt 2003: Entwicklung, Gerechtigkeit und Weltmarkt – für und wider das Theorem vom ungleichen Tausch

In: *UTOPIE kreativ* 150, S. 356-364

HUSSON, Michel 2004: Der Kapitalismus nach der „neuen Ökonomie“

In: Zeller (Hg.) 2004, S. 127-160

JESSOP, Bob 1997: Die Zukunft des Nationalstaats – Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa

In: Becker, Joachim / Sablowski, Thomas / Schumm, Wilhelm (Hg.) 1997: Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Berlin/Hamburg, S. 50-95

DERS. 2001a: Globalisierung und Nationalstaat. Imperialismus und Staat bei Nicos Poulantzas [in etwa identisch mit Jessop 1997]

In: Hirsch / Ders. / Poulantzas 2001, S. 71-100

DERS. 2001b: Die Globalisierung des Kapitals und die Zukunft des Nationalstaates. Ein Beitrag zur Kritik der globalen politischen Ökonomie

In: Hirsch / Ders. / Poulantzas 2001, S. 139-170

DERS. 2002: Informationskapitalismus und Empire – Verklärungen der US-Hegemonie

In: *DAS ARGUMENT* 248, 5/6'02, S. 777-790

KAPPEL, Robert 1994: TERMS of TRADE in der entwicklungspolitischen Diskussion

In: *PERIPHERIE* 53'94, S. 54-74

DERS. 1995: Kern und Rand in der globalen Ordnung. Globalisierung, Tripolarität, Territorium und Peripherisierung

In: *PERIPHERIE* 59/60'95, S. 79-117

DERS. 2003: Kirschen und Kerne. Welche Entwicklungsländer sind Gewinner und welche Verlierer auf dem Weltmarkt?

In: *PERIPHERIE* 90/91'03, S. 232-262

KEET, Dot 2002: Globales Handelssystem und Handelsregime. WTO – Taktische und strategische Herausforderungen

In: *WIDERSPRUCH* 42'02, S. 137-146

KÖSSLER, Reinhart 1998: Entwicklung. Münster

DERS. 2001: Grenzen der Weltgesellschaft: Zu den Problemen der Homogenität und der Exklusion

In: *PERIPHERIE* 83, S. 7-35

KÖSSLER, Reinhart / MELBER, Henning 2003: Afrikanische Kooperation im Zeichen der Globalisierung – von Europa lernen?

In: Scharenberg/Schmidtke (Hg.) 2003, S. 208-230

KÜPPERS, Gaby 2003a: Power Politics in der WTO. Wie die Entwicklungsländer in der Welthandelsorganisation über den Tisch gezogen werden

In: *ila-Dossier WTO 5'03*, S. 4-6

DIES. 2003b: Power Politics in der EU. Wie institutionen-interne Demokratie wirklich aussieht

In: *ila-Dossier WTO 5'03*, S. 7f.

MENZEL, Ulrich 1988: Auswege aus der Abhängigkeit. Ffm.

DERS. 1992: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Ffm.

DERS. 1998: Globalisierung versus Fragmentierung. Ffm.

MÜLLER, Jochen 1998: Konsequenz inkohärent. Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union

In: *iz3w*, Sonderheft Jan. 1998: Entwicklungspolitik in den 90er Jahren, S. 35-37

PANITCH, Leo / GINDIN, Sam 2003a: Global capitalism and the American empire

In: Leo Panitch und Colin Leys: *The New Imperial Challenge*, Socialist Register 2004. London, S. 1-42; deutsche Fassung 2004: *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium*. Hamburg

DIES. 2003b: Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus

In: M. Beckmann und F. Deppe (Hg.) 2003: „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie. Hamburg, S. 113-143

PAULI, Charles 1998: Süd-Globalisierung. Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft

Isw-Report 36'98

POULANTZAS, Nicos 1975 (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat

In: Hirsch / Jessop / Ders. 2001, S. 19-70

RÄTZ, Werner 2003: Instrument der Mächtigen. Struktur und Funktion der Welthandelsorganisation WTO

In: *ila-Dossier WTO 5'03*, S. 2f.

RÖTTGER, Bernd 2003a: Verlassene Gräber und neue Pilger an der Grabesstätte. Eine neoregulationistische Perspektive

In: Brand / Raza (Hg.) 2003, S. 18-42

DERS. 2003b: Produktionsmodell und Gesellschaftsformation. Fortgeschrittene Globalisierung und Korridore des Regulationsprozesses

In: Dörre/Ders. (Hg.) 2003, S. 95-110

SABLOWSKI, Thomas 2003: Krisentendenzen der Kapitalakkumulation

In: *DAS ARGUMENT* 251, 3'03, S. 438-452

SAPRI (Structural Adjustment Participatory Review Initiative) 2002: Die zerstörerische Bilanz der Strukturanpassung: Weltweite Armutsproduktion statt globale Armutsbekämpfung (Ergebnispräsentation von WEED)

In: *W&E SD 1-2*, 1'02, S. 1-8

SCHARENBERG, Albert / SCHMIDTKE, Oliver (Hg.) 2003: Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen. Münster

SCHERRER, Christoph 1998: Neo-gramscianische Interpretationen internationaler Beziehungen. Eine Kritik

In: Hirschfeld, Uwe (Hg.) 1998: Gramsci-Perspektiven. Berlin/Hamburg, S. 160-174

SCHMID, Bernhard 2003: Auf der Müllhalde der Geschichte? Zur Aktualität des Imperialismusbegriffs

In: *BUKO* (Hg.) 2003, S. 224-236

SCHMIDT, Ingo 2003: Transatlantische Beziehungen: das Ende einer wunderbaren Freundschaft?

In: *PROKLA* 133, 4'03, S. 545-564

SCHNEIDER, Ann-Kathrin / WAHL, Peter 2003: Alternativen (IV): IWF – reformieren oder abschaffen?

In: WEED (Hg.) 2003, S. 60-62

SENGHAAS, Dieter 2003: Die Konstruktion der Welt – eine Analyse in friedenspolitischer Absicht
In: *LEVIATHAN* 1'03, S. 117-152

SERFATI, Claude 2004: Militarismus: der bewaffnete Arm der Globalisierung
In: Zeller (Hg.) 2004, S. 21-60

SPÄTER, Jörg 2001: ... zwei, drei, viele Bedeutungen. Die Karriere des Imperialismusbegriffs
In: *iz3w* 251, S. 18-22

STOCK, Christian 1998: Totaler Theorieverzicht? Bilanz der entwicklungstheoretischen und -politischen Diskussion der 90er Jahre
In: *iz3w*, Sonderheft Jan. 1998: Entwicklungspolitik in den 90er Jahren, S. 4-7

UNCTAD (UN-Handels- und Entwicklungskonferenz) 2002: The Least Developed Coun-tries Report 2002: Escaping the povertyTrap. UN New York and Geneva. Kurzbericht
In: *W&E* 7-8'02, S. 7
DIES. 2002: Pressemitteilung zum LDC-Report vom 18.6.02
In: www.unctad.org/en/press/pressref.htm

VOLTAIRE, Simón Ramírez 2002: Risse im Gebäude. In Lateinamerika gerät das neoliberale Modell aus den Fugen
In: www.iz3w.org/iz3w/264/s06.html

WAHL, Peter 2003: Finanzmärkte – Verschuldung – Globalisierung. Entwicklungspolitische Dimensionen des internationalen Finanzsystems – Ursachen, Zusammenhänge und Hintergründe von Verschuldung
In: WEED (Hg.) 2003, S. 7-16

WALDOW, Peter 2003: Die Schulden des Südens – Zahlen, Fakten und was dahinter steckt
In: WEED (Hg.) 2003, S. 17-20

WEED (Hg.) 1999: Schuldenreport 1999. Auswege aus der Schuldenkrise der Entwicklungsländer. Bonn
Einer Reihe von spekulativen Vorhersagen, die WEED (Hg.) 2003: Die Umverteilungsmaschine – Finanzmärkte und Verschuldung. Fakten, Analysen, Alternativen [Schuldenreport 2003]. Bonn/Berlin

WISSEL, Jens 2003: „Naming the Beast“. Nicos Poulantzas und das Empire
In: www.links-netz.de/T_texte/T_wissel_beast.html
Oder: *DAS ARGUMENT* 248'02, S. 791-801

ZELLER, Christian (Hg.) 2004: Die globale Enteignungsökonomie. Münster
DERS. darin (a): Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus?, S. 61-126
DERS. darin (b): Zur gesellschaftlichen Aneignung, S. 295-315

ZIAI, Aram 2003: Globale Strukturpolitik oder nachhaltiger Neoliberalismus? Anmerkungen zum Entwicklungsdiskurs des BMZ unter der rot-grünen Bundesregierung
In: *PERIPHERIE* 90/91'03, S. 152-170

Nachtrag (6'04) zu den Thesen von Wallerstein am Schluss des Abschnittes II.

Ursprünglich hatte ich vor, seine Thesen kritisch zu kommentieren, nicht nur hinsichtlich einer Reihe von spekulativen Vorhersagen, die Wallerstein anbietet. Im neusten Prokla-Heft 135 (2'2004, S. 287-297) finde ich nun (u.a.) meine Gegenthesen in dem Artikel von Stephen Gill: Die falsche Antwort auf die amerikanische Frage. Eine Replik auf Immanuel Wallerstein (in Prokla 133).